



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

**Budgetbuch 2013
Fachbereich 6
Stadtentwicklung**

Budgetbuch Fachbereich 6 Stadtentwicklung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Haushaltssatzung	1 - 5
2. Verzeichnis der Produkt- und Auftragssachkonten mit Deckungsvermerken	7 - 17
3. Produktplan	19
4. Planungsreport	21 - 32
5. <u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1 Fachbereich 6 – Stadtentwicklung	34 - 35
5.2 <i>Produktgruppe 600 Städtebauliche Planung und Geoinformationen</i>	
5.2.1 Produkt 100 Städtebauliche Planung	36 - 38
5.2.2 Produkt 200 Geoinformationen	40 - 42
5.2.3 Produkt 300 Grünordnungs- u. Freiraumplanung	44 - 46
5.3 <i>Produktgruppe 610 Bauen und Wohnen</i>	
5.3.1 Produkt 100 Bauordnung und Bauaufsicht	48 - 50
5.3.2 Produkt 200 Bau- und Grundstücksservice	52 - 54
5.3.3 Produkt 300 Wohnungsbauförderung	56 - 58
5.3.4 Produkt 400 Denkmalschutz und Denkmalpflege	60 - 62
5.4 <i>Produktgruppe 620 Umweltschutz</i>	
Produkt 100 Umweltschutz	64 - 67

- Anmerkung zum vorläufigen Ergebnis 2011 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird das vorläufige Ergebnis 2011 ausgewiesen. Der Jahresabschluss 2011 ist in seiner Gesamtheit noch nicht abgeschlossen, so dass sich noch Korrekturen in einzelnen Bereichen ergeben können.

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 3

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW. S.474) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 07.03.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2013, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	184.657.190 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	190.473.263 €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	176.221.933 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	178.683.256 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	31.437.584 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	39.017.584 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2013 erforderlich ist, wird auf

13.926.211 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

20.299.992 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2013 wird auf

5.816.073 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2013 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2013 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **430 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft oder
 - zum Ausgleich der stellvertretenden Budgetkürzungen im FB 1 bis zu einer Gesamtsumme von 900.000 EUR

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Auf-

träge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kosten-rechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Detmold, 07.03.2013



Heller
(Bürgermeister)

nachrichtlich:

Gemäß einem Runderlass des Innenministeriums vom 17.12.2012 sollen die in § 1 der Haushaltssatzung gemäß § 78 Abs. 2 Nr. 1 b) Gemeindeordnung NRW ausgewiesenen Gesamtbeträge der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zukünftig einzeln ausgewiesen werden. Für die Haushaltssatzung 2013 stellen sich die einzelnen Beträge wie folgt dar:

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.894.655 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	25.428.336 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	24.542.929 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	13.589.248 €

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Darüber hinaus werden die nachfolgenden Produkt-Sachkonten zu einem gesonderten Budget verbunden:

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Projekt: „Berufsbezogene Sprachförderung“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5019006	7019006	Honorare Projekte
5422013	7422013	Mieten
5431152	7431152	Sachmittel

Projekt: „Zusätzlicher Hauptschulabschlusskurs“

Ertrags-/Aufwandskonto	Einzahlungs-/Auszahlungskonto	Bezeichnung
5012009	7012009	Dienstaufwendungen / -auszahlungen
5019009	7019009	Honorare Projekte
5022009	7022009	VBL - Beiträge
5032109	7032109	Sozialversicherung
5032209	7032209	Berufsgenossenschaftsbeiträge
5391034	7391034	Qualifizierungsgeld für Teilnehmer/ -innen
5422008	7422008	Raummieten
5431127	7431127	Lehr- und Unterrichtsmittel

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto sind jeweils innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ einerseits sowie „Transport von Kranken/Transport von Notfallpatienten“ andererseits gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; „Kanal- und Gewässerbau“, „Abwasserbeseitigung“ sowie sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbesteuer	5341000 / 7341000 Gewerbesteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbesteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4141025 / 6141025 Zuweisung Land für Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme	5318073 / 7318073 Zuschüsse zum Ausbau der sozialen Frühwarnsysteme
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine -	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produktgruppe 002.330: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 009.600.300: Grünordnungs- und Freiraumplanung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4591002 / 6591002 Ausgleichszahlungen nach BAUGB	5499002 / 7499002 Ausgleichsmaßnahmen nach BauGB

Produkt 010.610.200: Bau- und Grundstücksservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009 / 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweisungen des Landes -Straßentheaterfestival-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweisungen des Kreises -Straßentheaterfestival-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder von verbundenen Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.870.100: Volkshochschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4146001 / 6146001 Spenden 4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikausbildung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 06 Stadtentwicklung

Produktgruppe		Produkt	
600	Städtebauliche Planung und Geoinformationen	100	Städtebauliche Planung
		200	Geoinformationen
		300	Grünordnungs- und Freiraumplanung
610	Bauen und Wohnen	100	Bauordnung und Bauaufsicht
		200	Bau- und Grundstücksservice
		300	Wohnungsbausevice
		400	Denkmalschutz und Denkmalpflege
620	Umweltschutz	100	Umweltschutz

Planungsreport

Fachbereich 06 Stadtentwicklung

I. Ausgangslage und Ausblick

1. Produkte des Fachbereichs Stadtentwicklung

Die Dienstleistungen des Fachbereichs Stadtentwicklung werden mit Beginn des NKF-Starts ab 2008 in folgenden acht Produkten und drei Produktgruppen erstellt:

Produktgruppe 600 „Städtebauliche Planung und Geoinformationen“

- 100 „Städtebauliche Planung“
- 200 „Geoinformationen“
- 300 „Grünordnungs- und Freiraumplanung“

Produktgruppe 610 „Bauen und Wohnen“

- 100 „Bauordnung und Bauaufsicht“
- 200 „Bau- und Grundstücksservice“
- 300 „Wohnungsbauservice“
- 400 „Denkmalschutz und Denkmalpflege“

Produktgruppe 620 „Umweltschutz“

- 100 „Umweltschutz“

Die Leistungen der oben aufgeführten Produkte werden von 49 Mitarbeitern des FB 6 erbracht. Unter Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigungen (16 Teilzeit, 1 Altersteilzeit) sind dies rd. 43,8 Stellen (Stand 30.06.12).

Die Nachfolge des Denkmalpflegers, der Mitte kommenden Jahres in den Ruhestand treten wird, ist frühzeitig sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund wurden Haushaltsmittel eingestellt, um eine Nachbesetzung bereits zum Beginn des kommenden Jahres zu ermöglichen. Dies ist erforderlich, damit der Übergang des in langjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungswissen an die nachfolgende Kraft sichergestellt ist. Im Gegenzug wird eine bislang noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst auch weiterhin freigehalten. Über diese Besetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

1.1 Städtebauliche Planung

In den nächsten Jahren wird die auf Langfristigkeit angelegte Stadtentwicklung wieder stärker in den Fokus des Teams städtebauliche Planungen rücken. Im Rahmen des Demografischen Wandels gilt es, Detmold weiter attraktiv zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es, aufeinander abgestimmt zu optimieren.

Einen wesentlichen Schwerpunkt und einen großen Tätigkeitsbereich der Stadtplanung 2013 wird wiederum die Steuerung des Einzelhandels in Detmold ausmachen. Durch Bauleitplanung wird gezielt die Ansiedlung von Einzelhandelsstrukturen in Ortsteilzentren gefördert, um Versorgungslücken zu schließen. Es gilt das erklärte stadtstrukturelle Ziel umzusetzen, Versorgungsbereiche wieder dezentral zum Bürger in

die Ortsteile zu lenken. Außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche gilt es, Einzelhandelsentwicklungen zu stoppen bzw. ggf. zurück zu entwickeln.

Darüber hinaus wird die städtebauliche Planung im Jahr 2013 den erfolgreichen Weg der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Branchenmobilisierung weiterverfolgen. Neben der planerischen Mobilisierung neuer Branchen (wie Temde, alte FH) gilt es, in der Umsetzung befindliche Projekte (Omnia) weiterhin aktiv zu begleiten. Auch die Identifizierung überalteter Wohngebiete muss zukünftig im Rahmen einer gezielten Baulandmobilisierung Berücksichtigung finden.

Einen weiteren bedeutenden Teil des Aufgabengebietes für 2013 bildet die abschließende Erarbeitung und anschließende Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK). Hierin gilt es, eine Maßnahmen-, Kosten- und Zeitplanung für die Detmolder Innenstadt als Grundlage für die Beantragung von Städtebaufördermitteln aufzustellen. Das überregional ausstrahlende Alleinstellungsmerkmal „Innenstadt“ gilt es zukunftsorientiert zu stärken.

Als wesentliche Leistungen werden innerhalb des Produkts Städtebauliche Planungen in 2013 erbracht: Erarbeitung und Bearbeitung von Bebauungsplänen, Flächennutzungsplanänderungen, Vorhaben- und Erschließungsplänen, sonstigen städtebaulichen Satzungen, Rahmenplänen, Stadtentwicklungsplanung, Standortuntersuchungen, Lärmaktionsplänen, planungsrechtlichen und städtebaulichen Stellungnahmen und Lärmschutzgutachten zu Bauleitplänen, Bauvorhaben und städtischen Einrichtungen wie z. B. Feuerwehumsiedlung.

Das Arbeitsprogramm begründet sich überwiegend durch die vom Fachausschuss beschlossene Prioritätenliste. Für die Aufstellung der Liste wurden folgende Ziele aus der Baulandstrategie abgeleitet:

- Bedarfsgerechte Bereitstellung von Wohnbauland
- Reduzierung des Zuwachses an bebauter Siedlungsfläche
- Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung
- Wiedernutzung von städtebaulichen Brachen und leerstehenden Gebäuden
- Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und Erschließungsanlagen

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzungen wurde folgende Rangfolge bei der Aktivierung von Bauflächen festgelegt:

1. Hohenloh
2. Gewerbebrachen
3. Flächen in städtischem Eigentum
4. erschlossene andere Flächen
5. nicht erschlossene andere Flächen

Für das Jahr 2013 sind u. a. folgende große Arbeitsschwerpunkte geplant bzw. befinden sich in der Bearbeitung:

- Abschluss und Umsetzung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt
- Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes Einzelhandel
Ziel: zukunftsorientierte Steuerung des Einzelhandels durch langfristige Sicherung und Optimierung der Nahversorgungsstrukturen im Stadtzentrum und in den Ortsteilen (z. B. Heidenoldendorf) und Ausschluss von Einzelhandel außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche, Bestandsfortschreibung „real“ und „Kaufland“
- Revitalisierung von Gewerbebrachen
(ehem. Fachhochschule, ehem. Omnia-Werke, ggf. ehem. Bundeswehrkrankenhaus, ggf. ehem. Temde-Fabrik, ggf. Schlachthof)
- Gezielte langfristige Maßnahmen zur Optimierung der gewerblichen Wirtschaft durch frühzeitige, bevorratende Bauleitplanung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs

- Erarbeitung eines Vergnügungsstättenkonzeptes

Einige dieser investorenabhängigen Projekte werden in 2013 in Form von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen weiter vorangetrieben.

Die Entwicklung des ehemaligen Fliegerhorstes zu einem lebendigen Quartier mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Lernen und Einkaufen wird im Jahre 2013 fortgesetzt. Nach der Inbetriebnahme des ersten Bauabschnitts wird die Seniorenwohnanlage am Kasinogarten schrittweise realisiert. Die Suche nach Investoren und Nutzern für die Umnutzung weiterer Gebäude an der Richthofenstraße wird fortgesetzt. Durch die Erweiterung der Fördermöglichkeiten um die Bezuschussung der Fassaden- und Dachsanierung besteht die Hoffnung, Interessenten für die Sanierung der Gebäude zu gewinnen.

Nach dem Rückzug des Vorhabenträgers für den öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem Exerzierplatz ist beabsichtigt, das Konzept für eine Wohnbebauung in Partnerschaft mit einem neuen Investor oder mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu verwirklichen. Nach dem Start der Erschließungsarbeiten für das neue Gewerbegebiet Hohenloh auf der Basis des städtebaulichen Vertrages mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben werden die Arbeiten im Jahre 2013 fertig gestellt.

Eine ebenfalls mit Priorität zu bearbeitende Aufgabe ist die Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Die Stagnation der Bevölkerungszahl aufgrund der geringen Geburtenquote und der rückläufigen Wanderungsgewinne sowie das zunehmende durchschnittliche Alter der Bevölkerung sind wichtige Bestimmungsgrößen für den Wohnungsmarkt, den Grundstücksmarkt, den Handel, das Dienstleistungsangebot, den Arbeitsmarkt, das Sozialsystem, die öffentlichen Finanzen und die Infrastrukturnachfrage. Der erarbeitete Demografiebericht Heidenoldendorf zeigt hierfür konkrete Handlungsansätze auf. Im Rahmen des Verkehrsbündnisses Heidenoldendorf werden Anregungen der Bürger diskutiert und mit externer fachlicher Beratung auf die Realisierbarkeit überprüft. Aufbauend auf der Analyse der Spielplatzversorgung sollen konkrete Planungen für eine bedarfsgerechte Spielplatzversorgung in Heidenoldendorf erstellt werden.

Es ist zudem beabsichtigt, in 2013 den Belang des Klimaschutzes dauerhaft in alle Bereiche der Stadtplanung und Stadtentwicklung einfließen zu lassen. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplans zum Thema „Windkraftanlagen“ ist hierbei ein wesentlicher Baustein.

1.2 Geoinformationen

Die Führung und Weiterentwicklung der *Kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI)* der Stadt Detmold wird auch 2013 ein Schwerpunkt des Produktes „Geoinformationen“ sein.

Das Geodatenmanagement, die Organisations- und Programmentwicklung, Support, Systempflege und Schulung von 16 DesktopGIS-Arbeitsplätzen (ArcGis, GeoOffice), WebGis-Betreuung im Intranet-/Internet (Geodatenportal), Datenerfassung, -pflege, -aufbereitung und -analysen sowie das GeoConsulting sind tägliche Einsatzfelder in diesem Produkt.

Seit 2009/2010 besteht eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten Lemgo und Minden. Die bei der Stadt Detmold vorhandene Geodateninfrastruktur (GDI) wurde in diesen Stadtverwaltungen erfolgreich durch das Team GeoService implementiert. Das Team GeoService begleitet den Aufbau und die Weiterentwicklung der Projekte durch Schulung, Support und Consulting. Entwicklungen bei Fachapplikationen werden in gegenseitigen Absprachen vorgenommen.

Einen immer größeren Zeitrahmen beansprucht die tägliche Datenpflege von mittlerweile über 140 Geobasis- und Geofachdaten sowie Fachanwendungen und Applikationen, die zum großen Teil im Geodatenportal zur Verfügung stehen und größtenteils vom Team GeoService auch fortgeschrieben werden.

Die Geodateninfrastruktur wurde 2012 komplett überarbeitet, um die Bereitstellung und den Austausch von Geoinformationen sowie die Verwaltung von Geodatendiensten zu standardisieren und somit den Vorgaben der europäischen INSPIRE-Richtlinien, umgesetzt im Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), nachzukommen. Diese Umstellung ermöglicht nun auch den Einsatz von Linux-Servern, was zwar gegen

die Philosophie des Hauses spricht, aber für eine mögliche Kooperation mit dem KRZ Minden-Ravensberg-Lippe Voraussetzung ist.

Als zweiter Schritt ist für 2013 die Ablösung der Eigenentwicklung des Web-Clients durch das Open-Source Web-Framework Mapbender 3 geplant. Dies wird zu einer deutlich erhöhten Benutzerfreundlichkeit führen sowie das Mapping von einzelnen Geofachverfahren auf jeder beliebigen Internetseite ähnlich der Einbindung von Google-Maps ermöglichen.

Der nachhaltige und konsequente Einsatz von Open-Source- und freier Software basierend auf internationalen Standards und Normen spart der Verwaltung nicht nur enorme Kosten bei Anschaffung und Wartung der Softwareprodukte, sondern ermöglicht Gestaltungsspielraum für eigene, den jeweiligen Nutzern angepasste Entwicklungen.

Folgende GIS-Projekte sind für 2013 geplant:

- 3-D-Visualisierung (Stadtmodell) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe GDI-OWL
- Aufbereitung, Analyse und Darstellung der Daten aus der Erhebung Zensus 2011, die voraussichtlich 2013 vorliegen werden
- Aufbereitung der Einwohnerdaten ab 2000 für das Projekt „Demographische Entwicklung in Detmold“ auf der Grundlage von kleinräumigen Wohnquartieren
- Aufbereitung der Datenerhebungen zum Mietspiegel in Detmold und Einbindung in das Geodatenportal sowohl für Auskunft an Bürger/Wirtschaft als auch für detaillierte interne Auskunft
- Mitwirkung am Aufbau der geplanten Straßeninformationsbank, Übernahme der Straßenzustandserfassung und Aufbereitung im Geodatenportal
- Bereitstellung eines Dienstes für Auswertungen, Analysen und Statistiken von raumbezogenen Daten

Die Erstellung von *Planungsgrundlagen* für den Kanal- und Straßenbau sind von den anfallenden Baumaßnahmen anderer Produktgruppen (fachbereichsübergreifend) geprägt. Die Erstellung und Ausarbeitung von *Planungsgrundlagen* in der Bauleitplanung (insbesondere die Festlegungsrisse) richten sich nach der vom Fachausschuss beschlossenen Prioritätenliste.

Die Leistungen in der *Entwurfs- und Bauvermessung* werden von anfallenden Verwaltungsaufgaben fast aller Fachebenen und Projekte geprägt und definieren sich aus den von der Politik vorgegebenen Prioritäten in Zusammenarbeit mit den für die Aufgabenabwicklung zuständigen Fachbereichen.

Neben der notwendigen Datenerfassung für die Erstellung von Planungsgrundlagen für Kanal-, Straßen-, Hochbau- und Bauleitplanung wird das Aufgabenspektrum ergänzt durch vermessungstechnische Überprüfungen und Dokumentation von baurechtswidrigen Tatbeständen, Betreuung von Baumaßnahmen und notwendige koordinierende Arbeiten zwischen Tiefbau, Immobilienmanagement und Bauaufsicht.

Die Vermessung ist bemüht, durch schnelle Verfügbarkeit vor Ort aktuelle Baumaßnahmen zeitnah zu betreuen.

1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung

Durch die im Baugesetzbuch geregelten erweiterten rechtlichen Anforderungen an den Umweltschutz und dem Aufgabenbereich der Grün- und Freiflächenplanung ergeben sich folgende Aufgaben:

- Beiträge zum Flächennutzungsplan
- Beiträge zu Bebauungsplänen
- Umweltberichterstattung und –monitoring
- Artenschutzrecht in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren
- Beiträge zu Fachplänen anderer Behörden
- Landschaftspflegerische Begleitpläne
- Grün- und Freiraumplanung
- Planung, Ausschreibung, Überwachung, Abrechnung von Freianlagen
- Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren
- Ausgleichsflächenmanagement
- Umsetzung der Baumschutzsatzung (s. Produkt Umweltschutz)

- Energiesparen / Klimaschutz (s. Produkt Umweltschutz)
- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit (s. Produkt Umweltschutz)

Die grünplanerischen Fachbeiträge zu den Bebauungsplänen wie Umweltberichterstattung, Eingriffsregelung und das Umweltmonitoring als umfassendes Prüfverfahren werden auch weiterhin mit eigenen Kräften durchgeführt, da sich diese Vorgehensweise als wirtschaftlicher gegenüber externen Vergaben erwiesen hat. Ebenso wird die naturschutzrechtlich geforderte Artenschutzprüfung im Team Umweltschutz und Freiraumplanung selbstständig durchgeführt.

Die 2004 aus dem FB 7 in den FB 6 verlagerte Grün- und Freiraumplanung beinhaltet u. a. die Fachplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Sie beinhaltet auch die Planung, Ausschreibung, Überwachung und Abrechnung von Investitionsmaßnahmen für Sport-, Spiel- und sonstige Freianlagen sowie die Überwachung der externen Architektenleistungen. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der Grün- und Freiraumplanung - und hier insbesondere in der Objektplanung - sind abhängig von dem zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen und der Auftragsvergabe anderer Fachbereiche.

Es ist vorgesehen, die Maßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, im Jahr 2013 zu beginnen und weitestgehend umzusetzen. Entsprechend sind die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt worden (vgl. unter 2. Teilfinanzplan).

Das Wegesystem im Bereich des Flughafengeländes in Hohenloh soll vervollständigt werden. Ferner ist die endgültige Fertigstellung des „Lehrpfades der Jahresbäume“ vorgesehen.

Zwischen dem Rosental und der Behringstraße ist der Ausbau des Radwegenetzes geplant. Hierzu ist eine Verbesserung der Situation im Bereich der bereits vorhandenen Wege vorzunehmen sowie ein Teilstück entlang der Werre zwischen der Zufahrtsbrücke und der Fußgängerbrücke zum Parkhaus Lustgarten komplett neu herzustellen.

Es ist davon auszugehen, dass, wie bereits in den vergangenen Jahren, an verschiedenen Außensportanlagen kleinere Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen vorgenommen werden müssen. Auf der Sportanlage Hiddesen ist eine Verschiebung und Sanierung des Großspielfeldes geplant sowie der Bau eines neuen Kleinspielfeldes mit Kunstrasenbelag.

Im Zuge der Umsetzung des Handlungskonzeptes Demographie Heidenoldendorf sind auch im Aufgabenbereich Grün- und Freiraumplanung verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen worden. Zu einzelnen empfohlenen Projekten sind nähere Untersuchungen vorzunehmen und Konzepte zu erarbeiten.

Weiterhin ist im Jahr 2012 eine Bedarfsanalyse für die städtischen Spielplätze erstellt worden. Es wurden u. a. Vorschläge zur Aufgabe von Kinderspielplätzen erarbeitet sowie auch Alternativstandorte zu vorhandenen Spielplätzen vorgeschlagen. Der Spielplatz an der Waldheidestraße in Heidenoldendorf soll aufgegeben und alternativ hierzu ein neuer Spielplatz an der Wehrstraße errichtet werden, sofern der Vorschlag der Verwaltung durch die Politik unterstützt wird.

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren, ist auch weiterhin eine Betreuung / Überwachung der städtischen Ausgleichsflächen erforderlich. Eine kontinuierliche Pflege der vorhandenen Ausgleichsflächen muss gewährleistet sein, Ersatzmaßnahmen sind zu planen und zu koordinieren.

Die Herrichtung der Ausgleichsflächen im Bebauungsplangebiet „Gilde-Nord“ ist im kommenden Jahr abzuschließen. Im Bebauungsplangebiet „Munitionsdepot“ in Hohenloh wird in diesem Jahr mit den Erschließungsarbeiten (Straße, Regenrückhaltebecken) begonnen. Entsprechend dem Baufortschritt, sind auch Leistungen im Bereich der umfangreich anzulegenden Ausgleichsflächen durchzuführen.

1.4 Bauordnung und Bauaufsicht

Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

Im Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ ist die Anzahl der Bauanträge seit dem Jahr 1999 auf ungefähr gleich bleibendem Niveau.

- 2013 wird sich die Zahl der Bauanträge für Einfamilienhäuser auf einem etwas geringeren Niveau als 2012 einstellen. Der Trend geht weg vom Neubau von Einfamilienhäusern, hin zum Erwerb von vorhandenen Gebrauchtimmobilien und An- bzw. Umbauten sowie energetische Sanierung für den jeweiligen persönlichen Bedarf. Die Zahl der untergeordneten baulichen Anlagen, wie Carports, Schuppen etc. wird gegenüber 2012 ansteigend sein.
- Die wirtschaftliche Erholung hat sich im Jahr 2012 bemerkbar gemacht, aufgrund der Eurokrise muss allerdings davon ausgegangen werden, dass sich die Investitionsbereitschaft im gewerblichen Bereich im Jahr 2013 gegenüber 2012 reduzieren wird. In der Summe der Bauanträge und Verfahren wird damit gerechnet, das Niveau von 2012 zu erreichen.

Für die Beurteilung von Bauvorhaben sind unterschiedliche Informationen (z. B. Bebauungspläne, Kanalkarten, Flächennutzungsplan, Altlastenkataster, etc.) notwendig. Diese unterschiedlichen Informationen werden im Geoinformationssystem der Stadt Detmold in digitalen Karten zur Verfügung gestellt. Durch die laufende Erweiterung dieses Geoinformationssystems ist erreicht worden, die für die Beurteilung eines Bauvorhabens notwendigen Informationen weitgehend am Arbeitsplatz bereitzustellen, sofern nicht externe Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden müssen.

Infolgedessen hat sich die Dauer der Baugenehmigungsverfahren gegenüber früher erheblich verringert und befindet sich auf einem guten Niveau.

- Das Ziel, im Bereich Vor- und Baubescheide nach Eingang vollständiger, prüffähiger Antragsunterlagen die Laufzeit des Genehmigungsverfahrens ohne externe Beteiligung auf sieben Tage zu begrenzen, wird weiter verfolgt.
- Bei der notwendigen Beteiligung externer Behörden innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens soll entsprechend die Laufzeit von sechs Kalenderwochen nicht überschritten werden.
- Dieses Ziel hat auch Berücksichtigung gefunden in einer Zielvereinbarung zur Beschleunigung von gewerblichen Bauvorhaben, die der Kreis Lippe unter der Beteiligung der Städte und Gemeinden im Kreis Lippe aufgestellt hat. Diese Zielvereinbarung haben neben den Städten und Gemeinden auch eine Vielzahl von Behörden, die innerhalb des Baugenehmigungsverfahrens beteiligt werden, unterschrieben. Unter anderem hat diese Zielvereinbarung zum Inhalt, Beteiligungsfristen festzuschreiben und die Kommunikation mit den Bauherren und Entwurfsverfassern zu beschleunigen. Eine Auswertung hat noch nicht stattgefunden; allerdings hat diese Zielvereinbarung zu einer Beschleunigung der Bearbeitung von gewerblichen Bauanträgen geführt.

1.5 Bau- und Grundstücksservice

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde im Jahre 2008 mit der Einführung des NKF aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ gebildet. Bereits 2006 wurden wegen der Aussetzung des Widerspruchsverfahrens nach § 3 Bürokratieabbaugesetz Leistungsumfang und Kennzahlen im Bereich „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“ geändert.

Im Bereich „Baulasten“ ist die Anzahl der Eintragungen auch in Zukunft abhängig von der Anzahl der Baugenehmigungen und der Grundstücksteilungen. Bemerkenswerte Änderungen gegenüber dem Vorjahr werden nicht erwartet. Auch in diesem Aufgabenbereich läuft seit geraumer Zeit die Digitalisierung des archivierten Aktenbestandes, der aktuell abgeschlossenen und der noch zu archivierenden Fälle. Im Arbeitsbereich „Grundstücksteilungen, Vorkaufsrechte, Hausnummern, Straßenbenennungen“ werden keine gravierenden Änderungen erwartet.

Bekanntlich wurde die „Digitalisierung Bauarchiv“ als Projekt zwischenzeitlich abgeschlossen, der weit überwiegende Teil der Bauakten liegt nunmehr digitalisiert vor. Der Personalbestand wurde entsprechend reduziert. Die restlichen, noch nicht digitalisierten Akten (einschließlich Baulasten) sowie die aktuell abge-

geschlossenen Akten werden als Geschäft der laufenden Verwaltung vom „Stammpersonal“ des Bauarchivs digitalisiert. Auch der Fachbereich 5 nutzt weiterhin die Scanner, um die Kanalakten zu digitalisieren.

1.6 Wohnungsbauservice

Im Jahre 2007 hat der Kreis Lippe die Aufgaben als Bewilligungsbehörde für Wohnraumfördermittel im gesamten Kreisgebiet übernommen. Seit diesem Zeitpunkt übt die Stadt Detmold im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaus eine Beratungsfunktion aus und gibt außerdem im Mietwohnungsbau als Bauortgemeinde die wohnungswirtschaftliche Stellungnahme ab, die Voraussetzung für eine Förderung ist. Seit 2010 wird die Höhe der Fördermittel in NRW wegen des niedrigen Zinsniveaus am freien Kapitalmarkt kontinuierlich angepasst und das Förderrecht stärker auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet. Die daraus resultierende Entwicklung zeigt insgesamt zurückgehende Bewilligungsquoten.

Im Bereich Wohnungsbindung werden die Leistungsumfänge gegenüber dem Vorjahresniveau erneut leicht ansteigen, es besteht aber weiterhin eine entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. Im Mietwohnungsbau ist vermehrt festzustellen, dass sie zunächst signalisierte Investitionsbereitschaft leider nicht in die Tat umgesetzt wird, insbesondere seitdem die Fördersätze gesenkt wurden.

1.7 Denkmalschutz und Denkmalpflege

Zusätzlich zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben hat sich die Stadt Detmold durch den Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft „Programm Historischer Stadtkerne in NRW“ verpflichtet, alle historischen Gebäude aus dem Kulturgutverzeichnis zeitnah auf den Denkmalwert zu prüfen und gegebenenfalls in die Denkmalliste einzutragen.

Von den 1.045 baulichen Objekten dieses Verzeichnisses sind von 1980 bis August 2012 947 Objekte auf ihren Denkmalwert überprüft worden, 683 davon sind als Baudenkmal in die Denkmalliste eingetragen worden. In 2013 werden voraussichtlich weitere 30 Objekte auf ihren Denkmalwert geprüft, davon erfüllen erwartungsgemäß ein Drittel die Voraussetzungen der Eintragung in die Denkmalliste.

Von Seiten der Denkmaleigentümer, Architekten und Bauhandwerker besteht eine große Nachfrage nach Beratungen bezüglich der Erlaubnisfähigkeit bei Veränderungen der Fördermöglichkeiten und Steuervergünstigungen. Diese Leistungen erfordern einen hohen Zeitaufwand, der durch ein qualitativvolles Ergebnis am Baudenkmal und durch die positive Resonanz der Beteiligten gerechtfertigt ist.

Das altbewährte Förderprogramm Stadtpauschale wird wieder angeboten, weil wieder eine anteilige Landesförderung gegeben ist. Damit können insbesondere alle Baudenkmäler außerhalb des Geltungsbereichs Historischer Stadtkern gefördert werden. 50% des Fördervolumens trägt das Land NRW.

1.8 Umweltschutz

Folgende Tätigkeitsschwerpunkte sind im Produkt Umweltschutz insbesondere zu nennen:

- *Energiesparen und Klimaschutz*

Angesichts der auch im öffentlichen Bewusstsein gestiegenen Bedeutung des Klimaschutzes ist gerade auf kommunaler Ebene weiterhin zusätzliches Engagement gefordert. Dem wird Detmold durch das Klimaschutzkonzept gerecht. Dessen weitere Umsetzung ist Aufgabe für die kommenden Jahre. Neben Maßnahmen im direkten Einflussbereich der Stadt, d. h. insbesondere am eigenen Gebäudebestand, gilt es, eine große Breitenwirkung zu erreichen. Schwerpunkte bilden dabei:

1. die Betreuung des 2010 neu gebildeten Klimabeirates mit dessen Hilfe einerseits externer Fachverband für den kommunalen Klimaschutz genutzt werden kann, mit dem andererseits der Gedanke des Klimaschutzes weiter verbreitet werden soll,
2. die Beteiligung der Stadt Detmold am European Energy Award[®], einem in vielen Kommunen erprobten Controllinginstrumentes zur Bewertung des städtischen Klimaschutzes durch ein verwaltungsinternes „Energieteam“ (mit Unterstützung durch Stadtwerke und SVD).
3. Angesichts des hohen Sparpotentials bleibt der Energieverbrauch in Gebäuden auch in Zukunft von großer Bedeutung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Neben Maßnahmen im Neubau (Beratung, verstärkte Bemühungen um Einhaltung von Wärmeschutzvorschriften) hat der Gebäudebestand eine hohe Bedeutung (Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Förderprogramm nachträgliche Wärmedämmung; gezielte Aktionen wie z. B. Thermografie).

4. Darüber hinaus ist es wünschenswert, auch den Verkehr als großen Energieverbraucher weiter in Richtung Klima-, Umwelt- und Stadtverträglichkeit zu optimieren.

- Umweltberatung und Öffentlichkeitsarbeit

Kommunikation erfolgt immer stärker über neue Medien; deshalb werden die Internetseiten des FB 6 im Allgemeinen und des Bereichs Umweltschutz im Besonderen laufend optimiert, ausgebaut und aktualisiert. Die hohe Akzeptanz des Mediums gerade bei Jugendlichen wird zunehmend für die Umweltbildung genutzt.

- Umsetzung der Baumschutzsatzung

Die Anzahl von Anträgen nach Baumschutzsatzung ist seit Jahren auf etwa gleich bleibendem Niveau, ebenso das Verhältnis von positiven und negativen Bescheiden. Einerseits kann durch bürgerfreundliche Handhabung ein Großteil der Anträge im Sinne der Antragsteller beschieden werden; andererseits gelingt es alljährlich, vor allem durch Beratung im Vorfeld, mehrere Dutzend Bäume zu erhalten. Dadurch, sowie durch Ersatzpflanzungen und gezielte Baumpflanzaktionen mit Hilfe von Ersatzgeldern, wird das Ziel der Baumschutzsatzung verwirklicht: die „Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes“ „zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes“ sowie zur „Verbesserung des Stadtklimas und der ... Belebung, Gliederung und Pflege des Ortsbildes ...“ (§ 1 Abs. 2 BaumSchS). Die Bearbeitung der Anträge zur Baumschutzsatzung wird mit Hilfe von Online-Formularen weiter vereinfacht und verkürzt.

II. Teilergebnisplan und Teilfinanzplan

1. Teilergebnisplan

Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) wird der geplante Werteverzehr periodengerecht im gesamtstädtischen Ergebnisplan und in fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen dargestellt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres werden die Ergebnisse in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

1.1 Übersicht

Das „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ des Fachbereichs Stadtentwicklung ist für 2013 im Teilergebnisplan mit rd. minus 3.245.500 € geplant; der Zuschussbedarf und liegt damit rd. 251.800 € (rd. 8,4 %) höher als in der Planung 2012. Bei dem Mehrbedarf entfallen allein rd. 152.100 € auf Personal-Mehraufwendungen (siehe dort).

Ergänzt um den negativen Saldo von rd. minus 482.500 € (rd. 49.900 € / 11,5 % über dem Plan 2012, insbesondere aus IL IT-Service) aus internen Leistungsbeziehungen ergibt sich ein geplantes Gesamtergebnis 2013 (= Zuschussbedarf) von rd. minus 3.728.000 € und liegt damit rd. 301.700 € (rd. 8,8 %) über dem Plan 2012.

1.2 Erträge

Als „ordentliche Erträge“ sind für 2013 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 821.100 € geplant. Gegenüber der Planung 2012 sind dies rd. 336.800 € / rd. 29,1 % weniger.

Vergleichender Hinweis: Ohne Berücksichtigung der Ertragsposition „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ i. H. v. rd. 621.600 € Plan 2012 und rd. 292.800 € Plan 2013, die besonderen Schwankungen unterliegt, ergibt sich gegenüber der Planung 2012 eine geplante (unerhebliche) Ertragsminderung von rd. minus 8.000 € (rd. - 1,5 %).

Die genannten deutlichen Abweichungen bei den Erträgen im Bereich „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“ im Vergleich zur Planung 2012 sind in den Produkten Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie Umweltschutz zu finden (siehe dort).

Im Einzelnen sind für 2013 folgende Erträge geplant:

- Zuwendungen und allgemeine Umlagen i. H. v. rd. 292.800 €

- Hierunter fallen insbesondere die geplanten Zuweisungen für die Fördermaßnahme im Bereich Stadtumbau West Hohenloh-Richthofenstraße. Für 2013 werden 116.600 € (70 %) Landes-/Bun-

des-Förderung in die Planung aufgenommen (vgl. Erläuterungen unter 1.3 bei Transferaufwendungen sowie direkt bei der Produkterläuterung zu Denkmalschutz und Denkmalpflege).

- Für das Programm „Historische Stadtkern – private Haus- und Hofflächen“ werden 80.000 € Landesförderung (80 %) erwartet (Steigerung des Fördersatzes von 70 % auf 80%)
- Für das Förderprogramm Stadtpauschale werden 25.000 € Landesförderung (Fördersatz 50%) in den Plan 2013 aufgenommen (vgl. 1.3 Transferaufwendungen sowie Produkterläuterung zu Denkmalschutz und Denkmalpflege).
- Für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes werden 12.300 € Bundes-Zuwendung geplant.

- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte i. H. v. rd. 399.100 €

Hierunter fallen z. B. geplante Baugenehmigungsgebühren (335.000 €), Verwaltungsgebühren für Baulasten (10.000 €) und im Bereich Teilungen sowie Vorkaufsrechtsprüfungen (25.000 €) und Verwaltungsgebühren für Statik (2.000 €).

- Kostenerstattungen und Kostenumlagen i. H. v. rd. 30.700 €

Dies betrifft beispielsweise erwartete Kostenerstattungen Privater für beantragte Bauleitplanung oder Erstattungen der Städte Minden und Lemgo für Leistungen des GeoServices.

- Sonstige ordentliche Erträge i. H. v. 11.100 €

Hierunter fallen geplante Bußgelder (5.000 €) und Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung (6.000 €).

- Aktivierte Eigenleistungen i. H. v. 87.000 €

Aktivierte Eigenleistungen werden entsprechend der Gemeindehaushaltsverordnung NRW dann gebucht, wenn Ingenieure des Fachbereichs Stadtentwicklung durch Planungs-Leistungen nach HOAI an der Schaffung von Anlagevermögen der Stadt Detmold (z. B. Gebäuden, Straßen, Kanälen) mitwirken. Diese Leistungen werden innerhalb der Stadt Detmold verrechnet.

HOAI-Leistungen des Produktes 009.600.100 Städtebauliche Planung werden erfasst, können jedoch aufgrund der Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung nicht dem Anlagevermögen hinzugerechnet werden.

Separat dazugerechnet werden die geplanten Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 11.000 €, insbesondere für Verrechnung von Ingenieurleistungen im Bereich der Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen.

1.3. Aufwendungen

Die geplanten „Ordentlichen Aufwendungen“ betragen für 2013 für den Fachbereich Stadtentwicklung rd. 4.073.100 € und liegen damit rd. 85.000 € / 2,1 % unter dem Plan 2012. Die Senkungen liegen hauptsächlich im Bereich der Transferaufwendungen beim Produkt Denkmalschutz und Denkmalpflege sowie bei den Sonstigen Ordentlichen Aufwendungen beim Produkt Umweltschutz (Modellvorhaben Gebäudebestand 2012: Beratungsbroschüre und Gutachten zur Altbausanierung), (siehe dort).

Die geplanten Personalaufwendungen i. H. v. rd. 3.225.200 € liegen rd. 152.150 € (4,95 %) über dem Plan 2013 und stellen mit rd. 81,85 % der „Ordentlichen Aufwendungen“ den größten Kostenblock dar. Die Höhe der für das Haushaltsjahr 2013 erwarteten Personalaufwendungen wird zentral errechnet. Der Mehraufwand ergibt sich aus allgemeinen Vergütungs- und Besoldungserhöhungen sowie der Wiederbesetzung einer vakanten Stelle im Team 6.1. Erläuterungen zur Personalveränderungen befinden sich bei den jeweiligen Produkterläuterungen „Städtebauliche Planung“ und „Denkmalschutz und Denkmalpflege“.

Weitere geplante Aufwendungen sind:

- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. rd. 88.750 €

Unter diese Position fallen die Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände, Anwalts- und Gerichtskosten, Ersatzvornahmen sowie Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne. Die Position „Planungskosten Umsetzung Handlungskonzept Demographie Heidenoldendorf i. H. v. 20.000 € wurde auf 2013 fortgeschrieben.

- Bilanzielle Abschreibungen i. H. v. rd. 14.000 €.

- Transferaufwendungen i. H. v. rd. 625.000 €

Hierzu zählen

- rd. 86.350 € Honorar an Niedrig-Energie-Institut (NEI)
Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird jetzt weiter für die Jahre 2013 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2013 (rd. 86.350 €), 2014 (rd. 88.050 €), 2015 (rd. 88.950 €) und 2016 (rd. 89.850 €) fortgeschrieben.
- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI
Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im HFA für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt. Dieser Betrag wurde für 2013 ff. fortgeschrieben.
- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)
Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).
- rd. 100.000 € Zuschuss Historischer Stadtkern – private Haus- und Hofflächen
Der Fördersatz des Landes erhöhte sich von 70 %, auf 80 %; die geplanten Erträge und Aufwendungen wurden - bei leicht reduziertem städtischem Eigenanteil - entsprechend angepasst.
- 50.000 € Denkmalförderung / Stadtpauschale
Mit der Stadtpauschale können insbesondere alle Baudenkmäler außerhalb des Geltungsbereichs Historischer Stadtkern gefördert werden.
Bis zur Einstellung der Landesförderung wurden zuletzt in 2007 58.000 € Stadtpauschale (davon 50 % Landesförderung i. H. v. 29.000 €) von der Stadt Detmold für den Förderzweck zur Verfügung gestellt. Danach wurden bis einschließlich 2010 noch jährlich 29.000 € (i. H. des bisherigen städtischen Eigenanteils) bereitgestellt. In den Haushaltsbeschlüssen 2011 und 2012 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage eingespart.
Inzwischen wird für den Förderzweck wieder eine 50 %-ige Landesförderung gewährt, so dass die bewährte Stadtpauschale wieder in die Planung aufgenommen wird (50.000 € Stadtpauschale, davon 25.000 € Landesförderung).
- 166.600 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh – Richthofenstraße
Wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt, wurden zwischenzeitlich die Förderrichtlinien geändert. Die Planung wurde für 2013 entsprechend angepasst bei gleich bleibendem städtischem Eigenanteil von 50.000 €.

- 50.000 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold)

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Die Stelle der Klimaschutzmanagerin ist seit Mai 2011 mit halbem Stellenumfang besetzt.

- „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ i. H. v. rd. 120.200 €

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für:

- Büro- und Geschäftsbedarf und Drucksachen
- Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes i. H. v. 21.500 €
- Öffentliche Bekanntmachungen
- Fachbereichsspezifische Öffentlichkeitsarbeit
- Umsetzung Online-Energieberatung (gehört zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes)

Dazu zu rechnen sind noch separat ausgewiesene rd. 493.500 € Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen für IT-Service, Gebäudemanagement, Personalnebenkosten, Personalservice, Stadtkasse, Internen Dienstbetrieb, Postgebühren, Fernsprecher, Büro- und Geschäftsbedarf sowie Telefon-Service-center (ab 2011). Die auf die Fachbereiche umgelegten Aufwendungen aus Internen Leistungsbeziehungen sind für die einzelnen Fachbereiche nur in eingeschränktem Maße beeinflussbar.

1.4. Leistungsangebot

Trotz des in den vergangenen Jahren erfolgten erheblichen Konsolidierungsbeitrages des Fachbereichs Stadtentwicklung bemüht sich die Verwaltung, das Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Um die Einschränkungen im Leistungsangebot aufzufangen, wurde z. B. das Internetangebot für Bürgerinnen und Bürger ausgebaut und wird fortlaufend verbessert.

2. Teilfinanzplan

Ergänzend zum gesamtstädtischen Ergebnisplan und fachbereichsbezogenen Teilergebnisplänen werden im System des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) auch ein gesamtstädtischer Finanzplan sowie fachbereichsbezogene Teilfinanzpläne erstellt. Die Finanzplanung bezieht sich auf die geplanten Einzahlungen und Auszahlungen und bildet damit Veränderungen des Geldvermögens der Kommune ab. Hieraus ergibt sich ein direkter Bezug zur Bilanz der Stadt Detmold. In der Finanzplanung werden damit auch die Ausgaben für geplante Investitionen abgebildet.

Für den Fachbereich Stadtentwicklung sind für das Planjahr 2013 und die drei Folgejahre 2014-2016 hier insbesondere folgende investive Maßnahmen zu nennen:

- Projekt Parklandschaft Friedrichstal, II. Bauabschnitt

(Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung)

Wie unter 1.3 beschrieben, ist vorgesehen, die Maßnahme „Parklandschaft Friedrichstal“, 2. Bauabschnitt, im Jahr 2013 zu beginnen und weitestgehend umzusetzen. Entsprechend sind die benötigten Mittel in den Haushalt eingestellt worden. In der September-Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung wird die Thematik erneut behandelt.

Als Einzahlungen werden für 2013 466.800 € Landeszuwendungen eingeplant. Insgesamt sind 685.000 € Zuwendung für den 2. Bauabschnitt bewilligt, davon sind bereits 107.500 € in 2011 eingegangen. Die restlichen 173.900 € sind für 2014 geplant.

Als Auszahlungen werden für 2013 938.000 € und für 2014 255.000 € (mit VE 2013) im Haushalt geplant.

- Maßnahme Komplettierung Fußwegeverbindung Hohenloh:

Hier waren für 2012 70.000 € Auszahlungen und 35.000 € Einzahlungen (50 % Zuwendung) geplant. In der September-Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung wird zu dieser Maßnahme mit separater

Vorlage ein Sachstandsbericht abgegeben und die Absicht der Verwaltung dargestellt, im Falle des Ausbleibens der Förderung den Weg in 2013 für 70.000 € auch ohne Förderung herzustellen.

- jährlicher Investitionszuschuss zum Naturschutzprojekt Senne rd. 14.400 € (wie Vorjahre)

Für Einzahlungen aus der Ablösung von Stellplatzverpflichtungen werden für 2013 5.000 € geplant. Aus Rückflüssen aus Darlehen im Bereich Wohnungsbau werden rd. 22.500 € erwartet.

- Für die Beschaffung eines neuen Vermessungsinstrumentes (Totalstation) für die Entwurfs- und Bauvermessung (Ersatzbeschaffung) wird ein Betrag von 22.650 € bereitgestellt.

Weitere Einzelheiten sind den Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu entnehmen.

Ziele

- Detmold zeigt eine nachhaltige und familienfreundliche städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur- und umweltschützenden Anforderungen sowie die Anforderungen des Denkmal- und Klimaschutzes auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet.

- Baulandreserven im Innenbereich sowie Brachflächen werden planerisch mobilisiert und dienen somit langfristig der Infrastrukturausstattung und dem Freiraumschutz.

- Die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie, Gewerbe und Handel ist zu fördern, indem bestehende Firmen unterstützt und ein nachfragegerechtes Angebot an gewerblichen Baugrundstücken für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung gewerblicher Unternehmen zur Verfügung gestellt wird. Die Ansiedlung auf Gewerbebrachen hat Vorrang vor der Ausweisung von Gewerbegrundstücken im Außenbereich.

- Die Detmolder Bevölkerung wird umfassend über Planungen und Bauvorhaben, auch unter Einsatz moderner Informationstechnologien, informiert.

- Die Attraktivität der Einkaufsstadt Detmold wird gesteigert, auch durch die Unterstützung privater Initiativen zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels in der Innenstadt.

- Die Aufenthaltsqualität von öffentlichen Freiräumen wird erhalten und verbessert.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	69.162,00	621.600	292.800	109.300	105.600	105.300
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	348.214,94	414.100	399.100	399.100	399.100	399.100
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.127,50	400	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	44.646,31	27.710	30.710	30.710	30.710	30.700
+ Sonstige ordentliche Erträge	15.920,80	11.100	11.100	11.100	11.100	11.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	72.787,72	83.000	87.000	87.000	67.000	67.000
= Ordentliche Erträge	551.859,27	1.157.910	821.110	637.610	613.910	613.600
- Personalaufwendungen	2.819.277,19	3.073.055	3.225.195	3.299.700	3.322.592	3.355.824
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.847,47	88.850	88.750	32.750	32.750	32.750
- Bilanzielle Abschreibungen	21.149,00	15.131	13.999	13.999	13.999	12.909
- Transferaufwendungen	239.940,99	793.438	624.988	334.488	322.888	323.788
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.310,50	187.690	120.220	80.620	68.820	68.820
= Ordentliche Aufwendungen	3.159.525,15	4.158.164	4.073.152	3.761.557	3.761.049	3.794.091
= Ordentliches Ergebnis	-2.607.665,88	-3.000.254	-3.252.042	-3.123.947	-3.147.139	-3.180.491
+ Finanzerträge	6.626,49	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.601.039,39	-2.993.754	-3.245.542	-3.117.447	-3.140.639	-3.173.991
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	9.234,94	6.900	11.000	11.000	11.000	11.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	507.023,05	439.490	493.454	486.965	494.602	501.458
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-497.788,11	-432.590	-482.454	-475.965	-483.602	-490.458
= Ergebnis	-3.098.827,50	-3.426.344	-3.727.996	-3.593.412	-3.624.241	-3.664.449

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	167.332,00	521.630	292.200	0	108.700	105.000	105.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	358.272,55	414.100	399.100	0	399.100	399.100	399.100
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	772,50	400	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	49.429,68	27.710	30.710	0	30.710	30.710	30.700
+ Sonstige Einzahlungen	20.540,05	11.100	11.100	0	11.100	11.100	11.100

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.700,19	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	603.046,97	981.440	740.010	0	556.510	552.810	552.800
- Personalauszahlungen	2.613.907,63	2.845.264	2.984.853	0	3.054.551	3.074.991	3.105.747
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	32.414,92	96.150	88.050	0	32.050	32.050	32.050
- Transferauszahlungen	272.670,99	819.882	666.432	0	348.932	337.332	338.232
- Sonstige Auszahlungen	58.213,49	187.690	120.220	0	80.620	68.820	68.820
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.977.207,03	3.948.986	3.859.555	0	3.516.153	3.513.193	3.544.849
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.374.160,06	-2.967.546	-3.119.545	0	-2.959.643	-2.960.383	-2.992.049
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	180.600,00	468.500	466.800	0	178.900	5.000	5.000
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	46.196,21	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	226.796,21	491.000	489.300	0	201.400	27.500	27.500
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	46.071,53	1.065.000	938.000	255.000	255.000 (255.000)	0 (0)	0 (0)
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	1.500,38	2.700	25.350	0	2.700	2.700	2.700
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	47.571,91	1.067.700	963.350	255.000	257.700	2.700	2.700
= Saldo aus Investitionstätigkeit	179.224,30	-576.700	-474.050	-255.000	-56.300	24.800	24.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-2.194.935,76	-3.544.246	-3.593.595	-255.000	-3.015.943	-2.935.583	-2.967.249
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-2.194.935,76	-3.544.246	-3.593.595	-255.000	-3.015.943	-2.935.583	-2.967.249

Kurzbeschreibung

- Informelle Planungen, Konzepte und Zielformulierungen für die zukünftige räumliche Entwicklung der Gesamtstadt und ihrer Teilbereiche.
- Flächennutzungsplanung auf der Grundlage der geplanten städtebaulichen Entwicklung als vorbereitender Bauleitplan für das gesamte Stadtgebiet mit Darstellung der beabsichtigten Bodennutzung
 - Bebauungspläne als verbindliche Bauleitpläne und städtebauliche Satzungen für kleinräumige Bereiche des Stadtgebietes mit rechtsverbindlicher Festsetzung für die städtebauliche Ordnung und Bodennutzung.
- Schalltechnische Gutachten, Lärminderungspläne
- Betreuung passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Steuerung der Stadterhaltung und -gestaltung im Sinne der erhaltenden Stadterneuerung durch Ortssatzungen, Rahmenpläne, Beratungen, Förderungen, Stellungnahmen, Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

Die Städtebauliche Planung soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen, natur und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten.

Sie soll dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, auch in Verantwortung für den allgemeinen Klimaschutz, sowie die städtebauliche Gestaltung und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Die Siedlungsfläche des Detmolder Stadtgebietes soll im Rahmen der Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung entwickelt werden.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch,
 sonstige Fachgesetze,
 Ratsbeschlüsse,
 Beschlüsse des Fachausschusses,
 Prioritätenliste Bauleitplanung,
 Vorgaben der Verwaltungsführung

Zielgruppe

Alle Bürger/innen, Grundstückseigentümer und -nutzer, Vorhabenträger,
 durch Lärmmissionen Betroffene, Architekten und Planer, politische und andere gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen und Behörden,
 Eigentümer, Mieter u. Pächter v. Gebäuden im Bereich v. Satzungen, v. erhaltenswerten Gebäuden, v. kulturlandschaftsprägenden Gebäuden und von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	10,51	10,36	10,52	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Änderung des Flächennutzungsplanes	Anz.	3	4	5	–	–	–
Beratungen und Stellungnahmen	Anz.	48	49	50	–	–	–
Projekt Hohenloh Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	50	50	50	–	–	–
Beratung von Nutzungsinteressenten	Std.	150	150	150	–	–	–
Bearbeitung von Bebauungsplänen	Anz.	68	55	50	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Satzungen gem. § 34 BauGB und § 35 BauGB	Anz.	1	3	2	-	-	-
Betreuung Vorhaben- und Erschließungspläne	Anz.	7	7	6	-	-	-
Betreuung Bebauungspläne Dritter	Anz.	2	4	6	-	-	-
städtebauliche Verträge	Anz.	7	12	5	-	-	-
städtebauliche Rahmenpläne, Konzepte und Gutachten	Anz.	30	15	30	-	-	-
Anzahl der schalltechnischen Gutachten	Anz.	16	15	15	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	735.889	740.200	740.200	-	-	-
Anzahl aktuell in Bearbeitung befindlicher Bebauungsplan- und Satzungsverfahren	Anz.	88	85	74	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	94	85	85	-	-	-
ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr	€	11.000.000	30.000.000	20.000.000	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	566,15	500	500	500	500	500
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	22.120,42	12.000	15.000	15.000	15.000	15.000
= Ordentliche Erträge	22.686,57	12.500	15.500	15.500	15.500	15.500
- Personalaufwendungen	701.751,93	783.363	806.200	822.300	830.500	838.700
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.994,01	66.150	66.150	10.150	10.150	10.150
- Bilanzielle Abschreibungen	5.739,00	5.739	5.739	5.739	5.739	5.739
- Transferaufwendungen	1.533,88	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.659,51	14.950	11.450	11.450	11.450	11.450
= Ordentliche Aufwendungen	732.678,33	871.752	891.089	851.189	859.389	867.589
= Ordentliches Ergebnis	-709.991,76	-859.252	-875.589	-835.689	-843.889	-852.089
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	108.320,33	91.751	109.770	108.490	110.270	111.870
= Ergebnis	-818.312,09	-951.003	-985.359	-944.179	-954.159	-963.959

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	546,90	500	500	0	500	500	500
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	22.120,42	12.000	15.000	0	15.000	15.000	15.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.667,32	12.500	15.500	0	15.500	15.500	15.500
- Personalauszahlungen	689.940,60	769.947	791.200	0	807.000	815.100	823.200
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.886,91	66.150	66.150	0	10.150	10.150	10.150
- Transferauszahlungen	13.972,88	15.994	15.994	0	15.994	15.994	15.994
- Sonstige Auszahlungen	11.135,71	14.950	11.450	0	11.450	11.450	11.450
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	727.936,10	867.041	884.794	0	844.594	852.694	860.794
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-705.268,78	-854.541	-869.294	0	-829.094	-837.194	-845.294

Erläuterungen

Das Produkt "Städtebauliche Planung" beinhaltet die Bereiche "Stadtplanerische Leistungen" und "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege".

Bereich "Stadtplanerische Leistungen"

Als voraussichtlich wichtigste stadtplanerische Aufgaben im Jahr 2013 sind zu nennen:

- Schaffung von Planungsrecht durch Bebauungspläne entsprechend der vom Ausschuss für Stadtentwicklung festgelegten Prioritätenliste und ihrer Ergänzung für Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Sondernutzungen
- Zukunftsorientierte Steuerung und Entwicklung des Einzelhandels in der Gesamtstadt auf der Grundlage eines städtebaulichen Einzelhandelskonzeptes: Aufzeigen und Durchsetzen von Entwicklungsperspektiven in der Innenstadt und in den Ortsteilen, Ausschluss außerhalb der zentralen Versorgungsbereiche
- Aktiver Stadtbau brachgefallener Siedlungsflächen u. a. durch die Betreuung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen (Brachenrevitalisierung)
- Überarbeitung des Flächennutzungsplanes zum Thema Windkraftanlagen
- Stärkung der Innenstadt durch abschließende Erarbeitung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Innenstadt (ISEK) und seine anschließende Umsetzung
- Steuerung von Vergnügungsstätten im Stadtgebiet Detmolds
- Mobilisierung von Baulücken zur Reduzierung des Freiflächenverbrauchs
- Einbeziehung des Demografischen Wandels in die konzeptionelle Stadtentwicklung
- Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie durch die Entwicklung von Lärmaktionsplänen
- Optimierung des Städtebaus im Sinne der CO₂ – Reduzierung
- die weitere Entwicklung im Projekt Hohenloh

Das genannte Arbeitsspektrum wird sich im Verlauf des Jahres ändern, da erfahrungsgemäß die Arbeitsplanung durch Beschlüsse der politischen Gremien beeinflusst wird. Zum anderen ist die Verwaltung bemüht, auf Bauleitplanungserfordernisse bei dringendem Bedarf flexibel zu reagieren.

Kurz- bzw. mittelfristige Ziele des Produkts sind:

- Fortwährende Optimierung der Wirtschaftlichkeit durch den verstärkten Einsatz von EDV (CAD und Bauleitplanverfahrens-Programm)
- Weitere Optimierung der Nutzung des Internets zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Online-Beteiligung von Bürgern und Behörden im Rahmen des Bauleitplanverfahrens

Hinweis: Der Deckungsgrad „Aufwand zu Leistung nach HOAI“ wird auf Grundlage der Leistungsebene „Stadtplanerische Leistungen“ ermittelt (vor NKF bis 2007: "Center für Stadtplanerische Leistungen").

Hinweis: Die o. g. Kennzahl "ermöglichtes Investitionsvolumen durch Bauleitplanung pro Jahr" wird sich Planjahr 2013 voraussichtlich auf einem geringeren Niveau als 2012 bewegen, weil die Planungen für die großen gewerblichen Bauvorhaben zunächst abgeschlossen sind. Stattdessen wird die auf Langfristigkeit angelegte Stadtentwicklung wieder stärker in den Focus der Stadtplanung rücken. Im Rahmen des demografischen Wandels gilt es, Detmold weiter zu attraktiv zu gestalten und fit für die Zukunft zu machen. Hierbei wird es nicht ausreichen, neue Flächen für Entwicklungsperspektiven anzubieten. Vielmehr müssen überkommene Strukturen wieder mit Leben gefüllt oder zukunftsfähig weiter entwickelt werden. Wohnen, Gewerbe, Versorgung und Erholung gilt es aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Bereich "Stadtbilderneuerung und Ortsbildspflege"

Beratungen erfolgen in der Regel auf Veranlassung der Ratsuchenden (Bauherren, Architekten, Handwerker) telefonisch, mündlich oder vor Ort, je nach Schwierigkeitsgrad auch mehrmals in einer Sache. Der Zeitaufwand ist sehr unterschiedlich. Telefonische Auskünfte dauern manchmal wenige Minuten, komplexe Vorhaben erfordern nicht selten mehrere Stunden.

Stellungnahmen sind gefordert bei Anträgen nach der Gestaltungssatzung und der Erhaltungssatzung, bei Maßnahmen im Geltungsbereich des Programms "Historischer Stadtkern", bei Maßnahmen an kulturlandschaftsprägenden Gebäuden sowie Maßnahmen an erhaltenswerten Objekten im gesamten Stadtgebiet. Mit Stellungnahmen sind eingehende Prüfungen, häufig auch koordinierende Besprechungen verbunden. Stellungnahmen erfolgen schriftlich und erfordern einen hohen Zeitaufwand.

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadtkerne werden verschiedene Publikationen auf regionaler Ebene und auf Landesebene gemeinschaftlich gestaltet und herausgegeben.

Die Nachfolge des Denkmalpflegers, der Mitte kommenden Jahres in den Ruhestand treten wird, ist frühzeitig sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund wurden Haushaltsmittel eingestellt, um eine Nachbesetzung bereits zum Beginn des kommenden Jahres zu ermöglichen. Dies ist erforderlich, damit der Übergang des in langjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungswissen an die nachfolgende Kraft sichergestellt ist. Im Gegenzug wird eine bislang noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst auch weiterhin freigehalten. Über diese Besetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Kurzbeschreibung

- Aufbau, Bereitstellung und Nutzung von Datenbasen für raumbezogene Informationsverarbeitung (Geodatenmanagement)
- Vermessungstechnische Leistungen für Planungen und Entwürfe von Gebäuden, Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sowie für das Übertragen der Projektgeometrie in der Örtlichkeit und an Objekten außerhalb der Entwurfs- und Bauphase
- nicht objektgebundene Flächenvermessung für Freianlagen und Bebauungspläne im Zusammenhang mit städtebaulichen und landschaftsplanerischen Leistungen einschließlich der Auswertungen

Ziele

- Schnelle, umfassende und aktuelle Verfügbarkeit von Geodaten, -fachdaten und -informationen als Grundlage von Verwaltungsentscheidungen
- Modernisierung der Verwaltung durch Optimierung von Arbeitsbedingungen und -abläufen.
- Bürger durch Veröffentlichungen im Internet bei Verwaltungsentscheidungen einfacher zu beteiligen.
- Vermarktung von Nutzungsrechten an kommunalen Geodaten über das Internet.
- Bereitstellung von Planungs- und Entwurfsgrundlagen für öffentliche Bauvorhaben und Übertragung der Bauwerksgeometrie in die Örtlichkeit unter Berücksichtigung planungs- u. baurechtlicher Aspekte.

Auftragsgrundlage

Ratsbeschlüsse, Beschlüsse des Fachausschusses Stadtentwicklung, Vereinbarungen mit dem Kreis Lippe, Vermessungs- und Katastergesetz, Planzeichenverordnung für Bauleitpläne

Zielgruppe

Alle technischen und nichttechnischen Fachbereiche, Bereiche und Projekte der Stadtverwaltung DT, die raumbezogene Informationen erfassen, präsentieren, speichern, analysieren und modellieren wie Städtebau, Landschaftsbau, Statistik, Liegenschaften, Kanalbau, Tief- und Hochbau, Umwelt, Bürger und Kunden
 Entwurfsingenieure der Fachbereiche bzw. von der Stadt Detmold beauftragte Ingenieurbüros, baudurchführende Firmen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	6,57	6,57	6,57	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
aktive Nutzer des Geodatenportals im Intranet	Anz.	180	175	180	–	–	–
Aufwand Systembetreuung	Std.	1.427	2.000	1.500	–	–	–
Systemnutzung	-	0	–	–	–	–	–
Intranetzugriffe auf das KRIS	Anz.	560.028	490.000	550.000	0	–	–
- davon auf Kartenwerke	Anz.	358.407	310.000	350.000	–	–	–
- davon auf Fachdaten	Anz.	201.621	180.000	200.000	–	–	–
Internetzugriffe	Anz.	489.755	570.000	500.000	–	–	–
Steigerung der Zugriffe im Geo-Daten-Portal (Intranet/Internet) im laufenden Jahr	%	4	5	5	–	–	–
Erstellung von Planungsunterlagen	-	–	–	–	–	–	–
erstellte Planungsunterlagen insgesamt	Anz.	–	25	25	–	–	–
Kommunales Raumbezogenes Informationssystem - KRIS -	-	–	–	–	–	–	–
Deckungsgrad (gesamt) Team	%	23	23	–	–	–	–
Datenerfassung,-pflege und-auswertung	-	–	–	–	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Kartenwerke	Anz.	92	93	94	-	-	-
Objektvermessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Hochbau	Anz.	0	4	2	-	-	-
- Ingenieurbau	Anz.	0	8	2	-	-	-
- Straßenbau / Kanalbau	Anz.	25	20	20	-	-	-
- sonstige	Anz.	22	5	20	-	-	-
Flächenmessungen	-	-	-	-	-	-	-
- Bebauungspläne	Anz.	3	3	3	-	-	-
- Landschaftspläne	Anz.	0	1	1	-	-	-
- Fachdaten	Anz.	53	54	55	-	-	-
- neu erfasste Daten	Anz.	2	3	2	-	-	-
Erfassungsaufwand	Std.	1.469	2.500	2.000	-	-	-
Systembetreuung	-	0	-	-	-	-	-
GIS-Arbeitsplätze	Anz.	17	16	17	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Zugriffe im Geodatenportal	Anz.	1.049.783	1.060.000	1.050.000	-	-	-
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI und VermGebO	€	159.812	120.000	120.000	-	-	-
Anzahl der Beschwerden	Anz.	2	5	5	-	-	-
Kosten pro Zugriff im Geodaten-Portal	€	0,08	0,10	0,00	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI und VermGebO	%	23	23	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	13.488,00	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500
+ Aktivierte Eigenleistungen	31.292,88	49.000	49.000	49.000	49.000	49.000
= Ordentliche Erträge	44.780,88	56.500	56.500	56.500	56.500	56.500
- Personalaufwendungen	441.441,21	452.510	473.000	482.400	487.000	491.800
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.227,89	5.100	5.000	5.000	5.000	5.000
- Bilanzielle Abschreibungen	5.172,00	4.242	3.372	3.372	3.372	3.372
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.191,61	5.400	5.300	5.300	5.300	5.300
= Ordentliche Aufwendungen	453.032,71	467.252	486.672	496.072	500.672	505.472
= Ordentliches Ergebnis	-408.251,83	-410.752	-430.172	-439.572	-444.172	-448.972
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	4.924,92	900	5.000	5.000	5.000	5.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	70.969,34	70.898	62.500	61.370	62.310	63.240
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-66.044,42	-69.998	-57.500	-56.370	-57.310	-58.240
= Ergebnis	-474.296,25	-480.750	-487.672	-495.942	-501.482	-507.212

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	18.250,50	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	18.250,50	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Personalauszahlungen	434.468,22	446.123	465.800	0	475.100	479.700	484.500
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.300,22	5.100	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Sonstige Auszahlungen	5.196,86	5.400	5.300	0	5.300	5.300	5.300
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	440.965,30	456.623	476.100	0	485.400	490.000	494.800

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-422.714,80	-449.123	-468.600	0	-477.900	-482.500	-487.300
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	281,05	0	22.650	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	281,05	0	22.650	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-422.995,85	-449.123	-491.250	0	-477.900	-482.500	-487.300

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	22,6	0,0	0,3	0,0	22,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-22,6	0,0	-0,3	0,0	-22,6	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.2 Geoinformationen ausführlich dargestellt. Personalveränderungen sind für 2013 nicht vorgesehen.

Kurzbeschreibung

Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft in Detmold; insbes. Erfassung und Bewertung von Eingriffen (vor allem im Rahmen der Bauleitplanung); Planung und Betreuung der erforderlichen Ausgleichs- /Ersatzmaßnahmen; Freiraumplanung für die gesamtstädtische Grün- u. Freiflächenversorgung; fachliche Stellungnahmen zur Bauleitplanung sowie grundlegenden baulichen Maßnahmen im Hoch-, Tief- und Sportplatzbau; Planung und Bau von Freiflächenobjekten; Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei extern beauftragten Landschaftsarchitekten für die Erstellung von Freiflächenobjekten

Ziele

Natur- und landschaftsschonende und insgesamt umweltverträgliche Stadtentwicklung; Kompensation für unvermeidliche Eingriffe in Natur und Landschaft; Sicherung und Weiterentwicklung der gesamtstädtischen Grün- und Freiflächenversorgung

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, BauGB, BauO NRW, diverse Fachplanungsgesetze, Fachausschuss- u. Ratsbeschlüsse

Zielgruppe

Bürger/innen der Stadt Detmold, insbes. Planer sowie Träger von Maßnahmen, die Eingriffe in Natur und Landschaft darstellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,04	2,04	2,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Nicht abrechnungsfähige Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
- Stellungnahmen/Beratungen	Anz.	38	-	0	-	-	-
Landschaftspflege und -planung	-	-	-	-	-	-	-
Stellungnahmen/Beratungen etc.	Anz.	-	50	60	-	-	-
Landschaftsplanerischer Fachbeitrag	Anz.	-	5	2	-	-	-
Umweltbericht	Anz.	2	5	3	-	-	-
Realisierte Ausgleichsmaßnahmen	Anz.	-	2	2	-	-	-
Betreute Projekte	Anz.	-	25	25	-	-	-
Grünordnungs- und Freiraumplanung für:	-	-	-	-	-	-	-
- Kanal-, Tief- und Straßenbau	€	-	-	0	-	-	-
- Schul- und Sportanlagen	€	-	15.000	5.000	-	-	-
- Freianlagen an öffentlichen Gebäuden	€	-	-	0	-	-	-
- Spielplätze, Grün- und sonstige Freianlagen	€	-	15.000	27.000	-	-	-
- Bauleitplanung	€	-	15.000	10.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Summe erbrachter Leistungen nach HOAI	€	0	45.000	42.000	-	-	-
Investitionsvolumen der aktuell in Bearbeitung befindlichen Projekte	€	-	1.500.000	2.130.000	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Leistung nach HOAI	%	-	25	22	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Herrichtung von Flächen für Freizeit und Erholung in m ²	qm	-	25.000	38.500	-	-	-
Ökologische Aufwertung von Flächen (Kompensationsflächen) in m ²	qm	-	15.000	18.600	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	600,00	600	600	600	600	300
+ Aktivierte Eigenleistungen	38.094,34	21.000	25.000	25.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	38.694,34	21.600	25.600	25.600	5.600	5.300
- Personalaufwendungen	147.563,51	176.139	156.400	169.600	161.100	162.600
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.686,18	8.600	4.600	8.600	3.700	3.700
= Ordentliche Aufwendungen	150.249,69	184.739	161.000	178.200	164.800	166.300
= Ordentliches Ergebnis	-111.555,35	-163.139	-135.400	-152.600	-159.200	-161.000
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	2.853,70	5.000	3.000	3.000	3.000	3.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	28.126,27	20.221	28.360	28.080	28.500	28.770
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-25.272,57	-15.221	-25.360	-25.080	-25.500	-25.770
= Ergebnis	-136.827,92	-178.360	-160.760	-177.680	-184.700	-186.770

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	144.956,90	174.665	154.600	0	167.800	159.300	160.800
- Sonstige Auszahlungen	5.158,63	8.600	4.600	0	8.600	3.700	3.700
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	150.115,53	183.265	159.200	0	176.400	163.000	164.500
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	106.500,00	463.500	461.800	0	173.900	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	106.500,00	463.500	461.800	0	173.900	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kassenwirksamkeit)	46.071,53	1.065.000	938.000	255.000	255.000	0	0
					(255.000)	(0)	(0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	46.071,53	1.065.000	938.000	255.000	255.000	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	60.428,47	-601.500	-476.200	-255.000	-81.100	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitvitätigkeit	-89.687,06	-784.765	-635.400	-255.000	-257.500	-163.000	-164.500

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamtausgabebedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
W09096000 Parklandsch.Friedrichstal,2.BA,Zuwd.Ld.u.Baumaßnahme,Inanspruchnahme erst nach Ratsbeschl.									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	46,8	0,0	106,5	428,5	426,8	0,0	173,9	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.123,0	0,0	46,1	995,0	868,0	255,0	255,0	0,0	0,0
Saldo W09096000	-1.076,2	0,0	60,4	-566,5	-441,2	-255,0	-81,1	0,0	0,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	35,0	35,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	70,0	0,0	0,0	70,0	70,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-70,0	0,0	0,0	-35,0	-35,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-1.146,2	0,0	60,4	-601,5	-476,2	-255,0	-81,1	0,0	0,0

Erläuterungen

Das Produkt Grün- u. Freiraumplanung beinhaltet die Grünordnungsplanung für die gesamtstädtische Grün- und Freiflächenversorgung. Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Grün- und Freiflächen stehen, werden mit anderen Beteiligten (Fachbereiche, Bauträger, sonstige Dritte) abgestimmt und betreut (Leistungen nach HOAI).

Darüber hinaus wird die nach der Novellierung des Europarechtsanpassungsgesetzes Bau (EAG Bau) im Bebauungsplan- und Flächennutzungsplanverfahren durchzuführende Umweltprüfung als umfassendes Prüfverfahren bearbeitet.

Für einige Planverfahren entfällt nach der Novellierung des Baugesetzbuches zur Beschleunigung von Planvorhaben das Erfordernis eines förmlichen Umweltberichts (§ 13a BauGB). Damit sinken die insoweit darzustellenden HOAI-Leistungen im Bereich Bauleitplanung. Dafür werden vermehrt entsprechende interne, umfassende Beratungen und Stellungnahmen für die Bauleitplanung erforderlich sein, die nicht entsprechend als HOAI-Leistungen beziffert werden.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.3 Grünordnungs- und Freiraumplanung ausführlich dargestellt. Personalveränderungen sind für 2013 nicht vorgesehen.

Hinweis zur Zuständigkeit für Mittelanmeldungen im Bereich Spielplatzbau:

Die finanzielle Abwicklung im Bereich Spielplatzbau (insbesondere Ein- und Auszahlungen, Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten) erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2009 wieder ausschließlich im FB 7, wo auch der Bereich Spielplatz-Unterhaltung angesiedelt ist.

Die Leistungen Spielplatz-Planung und Spielplatz-Baubetreuung erfolgen dagegen weiterhin im FB 6 im Produkt 009.600.300 Grünordnungs- und Freiraumplanung.

Hinweise zur Finanzplanung für das Projekt Parklandschaft Friedrichstal, 2. Bauabschnitt:

Die Baumaßnahme soll entsprechend des Ratsbeschlusses vom 28.06.2012 realisiert werden. Es soll die Planungsvariante 2 (kompletter Umbau mit Verlegung von Versorgungsleitungen und der Entfernung sowie Ersatz sämtlicher Bäume) verwirklicht werden.

Als Einzahlungen werden für 2013 403.600 € Landeszuwendungen eingeplant. Insgesamt sind 685.000 € Zuwendung für den 2. Bauabschnitt bewilligt, davon sind bereits 107.500 € in 2011 eingegangen. Die restlichen 173.900 € sind für 2014 geplant. Als Auszahlungen werden für 2013 700.000 € und für 2014 255.000 € (mit VE 2013) (980.000 € im Haushalt geplant. (Die Kosten der Eröffnungsveranstaltung werden im Teilergebnisplan unter Sonstige Geschäftsaufwendungen berücksichtigt.)

Hinweise zur Finanzplanung für die Maßnahme Komplettierung Fußwegeverbindung Hohenloh:

Hier waren für 2012 70.000 € Auszahlungen und 35.000 € Einzahlungen (50 % Zuwendung) geplant. In der September-Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung wird zu dieser Maßnahme mit separater Vorlage ein Sachstandsbericht abgegeben und die Absicht der Verwaltung dargestellt, im Falle des Ausbleibens der Förderung den Weg in 2013 für 70.000 € auch ohne Förderung herzustellen. Dies soll in der Änderungsliste für 2013 im Dezember entsprechend dargestellt werden.

Zu W 09086000: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO werden für den 2. BA bis Beginn der Baumaßnahme vorliegen.

Kurzbeschreibung

- Planungsrechtliche Auskünfte
- Prüfung des Antrages
- Genehmigung zur öffentlich-rechtlichen Freigabe von Bauvorhaben und Nutzungen, Zurückstellung oder Anhörung
- Bauüberwachung, Rohbau- und Fertigbauabnahme
- Überprüfungen vorhandener baulicher Anlagen
- Prüfung der Erschließung / Entwässerung in planungs- und baurechtlicher Hinsicht
- Prüfung und Aufstellung von Statiken,
- Beratung der Bauherrn, Architekten und städtischen Einrichtungen in statischer Hinsicht

Ziele

Sicherstellung der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften und Anordnungen bei der Errichtung, der Änderung, dem Abbruch, der Nutzung, der Nutzungsänderung sowie der Instandhaltung baulicher Anlagen (§ 61 BauO NRW) unter Berücksichtigung einer bürgernahen und schnellen Bearbeitung der eingereichten Anträge.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), weitere Verordnungen und örtliche Satzungen, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG NRW), Straßen- und Wassergesetze, Entwässerungssatzung, Verwaltungsvorschriften

Zielgruppe

Private, öffentliche oder gewerbliche Bauherren, Bauinteressenten

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	12,04	12,04	13,04	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Überprüfung ungenehmigter Anlagen	Anz.	49	70	100	-	-	-
Wiederkehrende Prüfungen	Anz.	1	40	30	-	-	-
Abgabe von Auszügen aus dem Katasterkarten- und Katasterbuchwerk	Anz.	123	250	250	-	-	-
Prüfung von statischen Berechnungen, Bewehrungsplänen und Nachträgen	Anz.	10	15	15	-	-	-
Erstellung von Statiken	Anz.	4	15	15	-	-	-
Gewerbelotse Abstimmung mit Fachbereichen und Fachbehörden	Std.	380	400	400	-	-	-
Beratung Interessenten für gewerbliche Bauvorhaben	Std.	390	400	400	-	-	-
Kundenkontakte	Anz.	215	135	150	-	-	-
Gesamtinvestitionsvolumen	Anz.	38.668.411	35.000.000	33.000.000	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, extern	Anz.	3.640	3.600	3.800	-	-	-
Planungsrechtliche Auskünfte, intern	Anz.	145	150	170	-	-	-
Stellungnahmen (FB 5, Solaranlagen, Gutachterausschuss u.a.)	Anz.	225	200	180	-	-	-
Anzahl der Anträge auf Vorbescheid	Anz.	79	90	100	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 63	Anz.	74	70	70	-	-	-
Anzahl der Bauanträge nach § 68 (vereinfachtes Verfahren)	Anz.	413	500	480	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Anträge auf Freistellung nach § 67	Anz.	38	50	40	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Gesamtanzahl der bauordnungsrechtlichen Bescheide	Anz.	840	1.175	1.200	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit eines Baugenehmigungsverfahrens, allg.	Tg.	9,30	7,12	7,12	-	-	-
Genehmigungsquote (genehmigte Bescheide / eingereichte Anträge)	%	69	67	65	-	-	-
Quote erfolgreicher Klagen gegen die Stadt Detmold / Gesamtanzahl der bauordnungsrechtl. Bescheide	%	0,36	0,26	0,25	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Genehmigungsgebühren	%	30	33	30	29	29	29
Laufzeit eines Gewerbeantrages netto	Tg.	7,70	15,00	15,00	-	-	-
durchschnittliche Anzahl Anträge / Stelle	Anz.	140	196	200	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	307.170,87	363.000	348.000	348.000	348.000	348.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	524,50	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	92,04	100	100	100	100	100
+ Aktivierte Eigenleistungen	2.650,50	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
= Ordentliche Erträge	310.437,91	375.100	360.100	360.100	360.100	360.100
- Personalaufwendungen	839.867,50	947.887	984.739	1.004.403	1.014.885	1.025.299
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.147,03	7.700	7.700	7.700	7.700	7.700
- Bilanzielle Abschreibungen	9.148,00	4.060	3.798	3.798	3.798	3.798
- Transferaufwendungen	360,00	360	360	360	360	360
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.807,87	13.400	13.400	13.400	13.400	13.400
= Ordentliche Aufwendungen	871.330,40	973.407	1.009.997	1.029.661	1.040.143	1.050.557
= Ordentliches Ergebnis	-560.892,49	-598.307	-649.897	-669.561	-680.043	-690.457
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.456,32	0	2.000	2.000	2.000	2.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	170.885,39	139.485	165.388	162.539	165.216	167.422
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-169.429,07	-139.485	-163.388	-160.539	-163.216	-165.422
= Ergebnis	-730.321,56	-737.792	-813.285	-830.100	-843.259	-855.879

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	316.266,22	363.000	348.000	0	348.000	348.000	348.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	444,50	0	0	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	112,91	100	100	0	100	100	100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	316.823,63	363.100	348.100	0	348.100	348.100	348.100
- Personalauszahlungen	727.717,06	819.944	836.341	0	853.119	862.058	870.904
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.147,03	7.500	7.500	0	7.500	7.500	7.500
- Transferauszahlungen	360,00	360	360	0	360	360	360
- Sonstige Auszahlungen	12.916,48	13.400	13.400	0	13.400	13.400	13.400
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	750.140,57	841.204	857.601	0	874.379	883.318	892.164

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-433.316,94	-478.104	-509.501	0	-526.279	-535.218	-544.064
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	149,95	2.200	2.200	0	2.200	2.200	2.200
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	149,95	2.200	2.200	0	2.200	2.200	2.200
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-433.466,89	-480.304	-511.701	0	-528.479	-537.418	-546.264

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8,0	0,0	0,1	2,2	2,2	0,0	2,2	2,2	2,2
Saldo Investitionstätigkeit	-8,0	0,0	-0,1	-2,2	-2,2	0,0	-2,2	-2,2	-2,2

Erläuterungen

Das Produkt „Bauordnung und Bauaufsicht“ wurde aus den bisherigen Produkten „Vor- und Baubescheide“ und „Statikprüfung“ gebildet. Im Bereich des Produkts erfolgen die Leistungen der Bauordnung und Bauaufsicht, des „Gewerbelotsen“, die Prüfung der gesicherten Erschließung sowie die statische Prüfung.

- Die Tätigkeit des Gewerbelotsen hat das Ziel, die Weiterentwicklung des Gewerbes in Detmold zu fördern und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen. Außerdem trägt der Gewerbelotse durch die Recherche und Dokumentation von Gewerbeflächen in dem Gewerbeflächenkataster zu einer Förderung des Recyclings von Brachflächen bei und verbessert dadurch auch die Informationsbasis für Standortsuchende.

- Eine Allgemeine Bauberatung (z. B. zu bautechnischen oder bauordnungsrechtlichen Fragen) wird seit 2004 aufgrund des Personalabbaues nicht mehr angeboten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen jedoch planungsrechtliche Auskünfte zur Bebaubarkeit von Grundstücken, zu Festsetzungen von Bebauungsplänen oder zu den notwendigen Genehmigungsverfahren weiterhin erteilt werden. Bei weitergehenden Fragen von Bürgern wird auf die im Baubereich tätigen Architekten verwiesen.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.4 Bauordnung und Bauaufsicht dargestellt. Personalveränderungen sind für 2013 nicht vorgesehen.

Kurzbeschreibung

Erteilen von Bauordnungsverfügungen (u. a. Ablehnungen von Anträgen), Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln, Einleiten von Bußgeldverfahren, Festsetzen von Bußgeldern, Klageverfahren

Führen des Baulastenverzeichnisses

Ausübung bzw. Negativbescheinigungen bei Vorkaufsrechten, Genehmigung bzw. Ablehnung von Grundstücksteilungen, Benennung von Straßen und Plätzen, Festsetzung von Hausnummern für bebaute Grundstücke

Ziele

- Verwaltungsrechtliche Durchsetzung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Planungs- und Bauordnungsrechts.
- Durch eine bürgernahe und transparente Beratung wird angestrebt, die Zahl der Klagen und ablehnenden Bescheide zu verringern.
- Erstellung eines digitalen Bauarchivs.

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch (BauGB), Landesbauordnung (BauO NRW), Baunutzungsverordnung (BauNVO), Denkmalschutzgesetz (DSchG), Gesetz ü. d. Schornsteinfegerwesen, Landschaftsgesetz (LG), Ordnungsbehördengesetz (OBG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfg), Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG), Gebührenordnung NRW/Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG NRW), Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Detmold

Zielgruppe

Bauherren, Grundstückseigentümer, Grundstückserwerber, Handlungs- oder Zustandsstörer

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	4,40	4,40	4,62	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellplatzablöseverträge	Anz.	0	2	2	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge bez. Baulasten	Anz.	226	230	230	-	-	-
Baulasteintragungen	Anz.	133	140	140	-	-	-
Baulastlöschungen	Anz.	9	12	12	-	-	-
Auskünfte Baulasten	-	-	-	-	-	-	-
- schriftlich	Anz.	112	90	90	-	-	-
- mündlich	Anz.	709	700	700	-	-	-
Fortschreibung Baulasten	Anz.	-	55	55	-	-	-
Stellungnahmen Amtsgericht	Anz.	112	125	125	-	-	-
Ablehnungen von Bauanträgen	Anz.	26	30	30	-	-	-
Beratungen	Anz.	114	120	120	-	-	-
Prüfung Vorkaufsrechte	Anz.	457	450	450	-	-	-
Teilungsgenehmigungen / Zeugnisse (§ 8 BauO NRW)	Anz.	43	50	50	-	-	-
Hausnummernfestsetzungen	Anz.	99	110	110	-	-	-
Hausnummernänderungen	Anz.	0	2	2	-	-	-
Straßenbenennungen	Anz.	0	3	3	-	-	-
Stellungnahmen Bauanträge	Anz.	0	100	100	-	-	-
Ordnungsverfügungen	Anz.	29	60	60	-	-	-
Zwangsgeldfestsetzungen	Anz.	8	10	10	-	-	-
Bußgeldbescheide	Anz.	9	16	16	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der baurechtlichen Klageverfahren gegen die Stadt Detmold, Gesamt	Anz.	18	40	40	-	-	-
Anzahl der verlorenen Klagen	Anz.	3	3	3	-	-	-
Anzahl der abgegebenen Einsprüche	Anz.	0	0	0	-	-	-
Anzahl der stattgegebenen/abgeholfter Einsprüche	Anz.	0	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der LE nach Kategorie: - Baulasten	Anz.	133	140	140	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Teilungsgenehmigungen	Anz.	43	50	50	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - Vorkaufrechte	Anz.	457	450	450	-	-	-
Widersprüche und / oder Klagen / Gesamtzahl der Bescheide	%	1,53	3,06	3,06	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	11	14	12	12	11	11
durchschnittliche Laufzeit Baulasteneintragung	Tg.	2	4	4	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Teilungsgenehmigung	Tg.	24	32	32	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	27.461,50	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	3.920,80	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
= Ordentliche Erträge	31.382,30	41.000	41.000	41.000	41.000	41.000
- Personalaufwendungen	246.226,12	247.709	286.450	292.245	295.283	298.329
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	136,44	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
- Bilanzielle Abschreibungen	1.090,00	1.090	1.090	1.090	1.090	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.182,58	2.850	2.850	2.850	2.850	2.850
= Ordentliche Aufwendungen	250.635,14	254.249	292.990	298.785	301.823	303.779
= Ordentliches Ergebnis	-219.252,84	-213.249	-251.990	-257.785	-260.823	-262.779
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	60.728,33	54.778	59.586	59.786	60.546	61.276
= Ergebnis	-279.981,17	-268.027	-311.576	-317.571	-321.369	-324.055

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	28.687,50	35.000	35.000	0	35.000	35.000	35.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
+ Sonstige Einzahlungen	11.415,05	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	40.102,55	41.000	41.000	0	41.000	41.000	41.000
- Personalauszahlungen	215.317,58	215.900	270.511	0	275.868	278.688	281.517
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	2.100	2.100	0	2.100	2.100	2.100
- Sonstige Auszahlungen	3.181,29	2.850	2.850	0	2.850	2.850	2.850
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	218.498,87	220.850	275.461	0	280.818	283.638	286.467

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-178.396,32	-179.850	-234.461	0	-239.818	-242.638	-245.467
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	74.100,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	74.100,00	5.000	5.000	0	5.000	5.000	5.000
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	136,44	500	500	0	500	500	500
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	136,44	500	500	0	500	500	500
= Saldo aus Investitionstätigkeit	73.963,56	4.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-104.432,76	-175.350	-229.961	0	-235.318	-238.138	-240.967

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	74,1	5,0	5,0	0,0	5,0	5,0	5,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,1	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	74,0	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	74,0	4,5	4,5	0,0	4,5	4,5	4,5

Erläuterungen

Das Produkt „Bau- und Grundstücksservice“ wurde mit NKF-Beginn 2008 aus den bisherigen Produkten „Gefahrenabwehr und baurechtliche Verfahren“, „Baulasten“, „Vorkaufsrechte, Grundstücksteilungen und -bezeichnungen“ sowie dem Projekt „Digitalisierung Bauarchiv“ (separate Leistungsebene bis 2009) gebildet.

Weitere aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.5 Bau- und Grundstücksservice dargestellt. Personalveränderungen sind für 2013 nicht vorgesehen.

Kurzbeschreibung

Beratung und Annahme der Anträge für Wohnraumfördermittel für Neubau-, Erwerbs- und Bestandsinvestitionsmaßnahmen
 Prüfung der Einkommensverhältnisse und der Familiengröße zur Erteilung der Wohnberechtigung,
 Prüfung und Feststellung der Netto-Kaltmiete nach Berechnungsrecht

Ziele

Nachfrageorientierte Versorgung der Stadt Detmold mit öffentlich geförderten Wohnungen

Auftragsgrundlage

Förderprogramm des Landes für die kommunale Wohnungswirtschaft

- Wohnraumförderungsgesetz
- Wirtschaftsstrafgesetz
- Wohnungsbindungsgesetz
- II. Wohnungsbaugesetz
- II. Berechnungsverordnung,
- Einkommensprüfungserlass

Zielgruppe

Alle Interessenten der verschiedenen Förderprogramme, die eine bestimmte Einkommensgrenze einhalten (Ausnahme ESP),
 einkommensschwache Haushalte, die eine öffentlich geförderte Wohnung beziehen wollen

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,05	2,05	2,05	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Bewilligungen	Anz.	4	40	35	-	-	-
Fördervolumen	€	3.099.400	2.550.000	2.500.000	-	-	-
Modernisierung Anzahl der Beratungen	Anz.	3	2	1	-	-	-
Wohnungsbindung Anzahl Wohnberechtigungsscheine	Anz.	279	320	320	-	-	-
Anzahl Freistellungsbescheinigungen	Anz.	33	40	40	-	-	-
Anzahl Zinssenkungsanträge	Anz.	103	120	100	-	-	-
Anzahl Wirtschaftlichkeitsberechnungen	Anz.	30	3	60	-	-	-
Anzahl der Bestands- und Besetzungskontrollen	Anz.	321	300	300	-	-	-
Eigentumsförderung Anzahl der Beratungen insgesamt	Anz.	44	6	6	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Bewilligungen	Anz.	4	6	6	-	-	-
Fördervolumen	€	3.560.100	2.400.000	2.400.000	-	-	-
Mietwohnungsbau Anzahl der Beratungen	Anz.	5	3	3	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der LE nach Kategorie: - Wohnungsbindung	Anz.	312	363	440	-	-	-
Anzahl der LE nach Kategorie: - wohnungswirtschaftliche Maßnahmen	Anz.	103	120	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum (Wohneinheiten)	Anz.	3.000	3.000	2.349	-	-	-
durchschnittliche Bearbeitungszeit/Fall	Tg.	1	1	1	-	-	-
Deckungsgrad Aufwand zu Verwaltungsgebühren	%	9	7	7	7	7	7
Anzahl der neu errichteten öffentlich geförderten Wohnungen / Familienheime in DT / Jahr	Anz.	0	75	75	-	-	-
Belegungsquote öffentlich geförderter Wohnungen in DT in %	%	96	96	96	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.385,00	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.945,85	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	12.330,85	10.600	10.600	10.600	10.600	10.600
- Personalaufwendungen	136.178,80	141.911	153.900	157.000	158.600	160.200
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	409,34	100	100	100	100	100
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.848,90	900	900	900	900	900
= Ordentliche Aufwendungen	138.437,04	142.911	154.900	158.000	159.600	161.200
= Ordentliches Ergebnis	-126.106,19	-132.311	-144.300	-147.400	-149.000	-150.600
+ Finanzerträge	6.626,49	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-119.479,70	-125.811	-137.800	-140.900	-142.500	-144.100
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	27.058,56	24.071	25.580	25.000	25.370	25.770
= Ergebnis	-146.538,26	-149.882	-163.380	-165.900	-167.870	-169.870

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.435,00	3.600	3.600	0	3.600	3.600	3.600
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	8.945,85	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
+ Zinsen und ähnliche Einzahlungen	6.700,19	6.500	6.500	0	6.500	6.500	6.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.081,04	17.100	17.100	0	17.100	17.100	17.100
- Personalauszahlungen	120.318,04	121.249	130.400	0	133.000	134.300	135.600
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	100	100	0	100	100	100
- Sonstige Auszahlungen	2.468,34	900	900	0	900	900	900
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	122.786,38	122.249	131.400	0	134.000	135.300	136.600
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-103.705,34	-105.149	-114.300	0	-116.900	-118.200	-119.500
+ Sonstige Investitionseinzahlungen	46.196,21	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	46.196,21	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	409,34	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	409,34	0	0	0	0	0	0
= Saldo aus Investitionstätigkeit	45.786,87	22.500	22.500	0	22.500	22.500	22.500
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-57.918,47	-82.649	-91.800	0	-94.400	-95.700	-97.000

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit- gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	46,2	22,5	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	0,0	0,0	45,8	22,5	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	45,8	22,5	22,5	0,0	22,5	22,5	22,5

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.6 Wohnungsbauservice dargestellt. Personalveränderungen stehen für 2013 nicht an.

Kurzbeschreibung

- Unterschutzstellung von Bau- und Bodendenkmälern
- Prüfungen und Stellungnahmen von Anträgen und Anfragen
- Beratungen, Betreuungen, Kontrollen
- Vergabe von Fördermitteln aus verschiedenen Förderprogrammen
- Steuerbescheinigungen und Abstimmungen
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit

Ziele

- Wahrung des öffentl. Interesses an der Einhaltung der gesetzl. Anforderungen an denkmalgeschützten Anlagen und deren Nutzung
- Erhaltung kultureller Ressourcen und der Attraktivität der Stadt zur Steigerung der Standortqualität und des Fremdenverkehrswesens
- Hilfen bei der Finanzierung denkmalpflegerisch bedingter Forderungen bei kostenintensiven Erhaltungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

-Denkmalschutzgesetz NW, Denkmallistenverordnung, Beschlüsse Ausschuss für Stadtentwicklung

Zielgruppe

Eigentümer, Nutzungsberechtigte, und Nachbarn von Denkmälern, Architekten, Handwerker, Fachbereiche, Rats- und Ausschussmitglieder, indirekt alle Bürger und Besucher der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	1,70	1,70	2,70	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Städtische Bestandserfassung der erhaltenswerten historischen Bausubstanz	Anz.	1.500	1.500	1.500	-	-	-
Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes	Anz.	1.045	1.045	1.045	-	-	-
Anzahl der auf Denkmalwert geprüften Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis	Anz.	920	965	990	-	-	-
Verhältnis Anzahl der geprüften Objekte/Anzahl Objekte Kulturgutverzeichnis	%	88	92	94	-	-	-
Verhältnis Baudenkmäler/Gesamtgebäudebestand	%	4	3	3	-	-	-
Anzahl der Förderanträge	Anz.	14	20	20	-	-	-
Anzahl der Steuerbescheinigungen	Anz.	30	20	30	-	-	-
durch Förderung mobilisiertes Investitionsvolumen	€	418.526	400.000	400.000	-	-	-
bescheinigte Gesamtaufwendungen für Steuervergünstigungen	€	1.041.962	1.000.000	1.000.000	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl abgeschl. Unterschutzstellungen gem. Kulturgutverzeichnis	Anz.	15	20	20	-	-	-
Anzahl der betreuten Objekte	Anz.	250	255	255	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl denkmalrechtlicher Widerspruchs- bzw. Klageverfahren / Gesamtanzahl der Bescheide	%	1,00	1,00	1,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je betreutem Objekte p.a.	€	464	460	500	-	-	-
Förderungswirkungsgrad (Quote städt. Fördervolumens / Gesamtinvestitionsvolumen)	%	15,9	20,0	20,0	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.600,00	502.900	279.900	105.000	105.000	105.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.631,42	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	603,00	400	400	400	400	400
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	10	10	10	10	0
= Ordentliche Erträge	63.834,42	515.310	292.310	117.410	117.410	117.400
- Personalaufwendungen	121.625,67	123.930	130.300	133.100	134.500	135.900
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.963,90	1.050	1.050	1.050	1.050	1.050
- Transferaufwendungen	75.454,00	575.700	404.900	150.200	150.200	150.200
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.266,66	2.620	2.620	2.620	2.620	2.620
= Ordentliche Aufwendungen	202.310,23	703.300	538.870	286.970	288.370	289.770
= Ordentliches Ergebnis	-138.475,81	-187.990	-246.560	-169.560	-170.960	-172.370
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.625,04	14.212	15.470	15.290	15.540	15.860
= Ergebnis	-155.100,85	-202.202	-262.030	-184.850	-186.500	-188.230

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	53.000,00	502.900	279.900	0	105.000	105.000	105.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	9.336,93	12.000	12.000	0	12.000	12.000	12.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	328,00	400	400	0	400	400	400
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	10	10	0	10	10	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	62.664,93	515.310	292.310	0	117.410	117.410	117.400
- Personalauszahlungen	101.268,44	99.966	102.900	0	105.100	106.200	107.300
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.463,90	1.050	1.050	0	1.050	1.050	1.050
- Transferauszahlungen	95.745,00	587.700	431.900	0	150.200	150.200	150.200
- Sonstige Auszahlungen	2.480,34	2.620	2.620	0	2.620	2.620	2.620
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	202.957,68	691.336	538.470	0	258.970	260.070	261.170
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-140.292,75	-176.026	-246.160	0	-141.560	-142.660	-143.770

Erläuterungen

Zahl der Baudenkmäler 683

Zahl der Bodendenkmäler 61

Zahl der beweglichen Denkmäler 1

Zahl der erhaltenen historischen Gebäude 1.045

Gesamtzahl der Gebäude in Detmold 19.804

Die angestrebte Anzahl von Unterschutzstellungen ist wegen der kritischen Haltung bei den Denkmaleigentümern nur mit größerem Zeitaufwand für Überzeugungsarbeit realisierbar.

Die Anzahl der auf dem Denkmalwert zu prüfenden Objekte aus dem Kulturgutverzeichnis setzt sich zusammen aus den in die Denkmalliste bereits eingetragenen Baudenkmälern und den als nicht denkmalwert befundenen Bauwerken.

Bei dem Verhältnis der Baudenkmäler zum Gesamtgebäudebestand im Stadtgebiet ist die Gesamtzahl aller Häuser mit Hausnummern zugrunde gelegt worden.

Die zu betreuenden Objekte sind entweder denkmalgeschützt oder im Kulturgutverzeichnis aufgeführt. Im denkmalrechtlichen Verfahren werden Beratungen geleistet, Erlaubnisse und Steuerbescheinigungen erteilt und Förderanträge abgewickelt.

Die Beratungen erfolgen im Regelfall auf Initiative von Denkmaleigentümern, Antragstellern, Handwerkern oder Architekten. Die Beratungen haben sehr unterschiedliche Dauer. Sie erfolgen telefonisch, im Hause und am Objekt. Beratungen vor Ort, Beratungen mit Laien und Beratungen mit umfangreichen Veränderungsmaßnahmen erfordern sehr oft einen hohen Zeitaufwand (1 Stunde und länger). Stellungnahmen nach Prüfung erfolgen schriftlich. Sie erfordern wegen des stets individuellen Sachverhaltes einen höheren Zeitaufwand. Je nach Komplexität der Maßnahme und Vollständigkeit der Antragsunterlagen beträgt der Zeitaufwand zwischen 1 bis 16 Stunden, im Ausnahmefall auch länger.

Die Nachfolge des Denkmalpflegers, der Mitte kommenden Jahres in den Ruhestand treten wird, ist frühzeitig sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund wurden Haushaltsmittel eingestellt, um eine Nachbesetzung bereits zum Beginn des kommenden Jahres zu ermöglichen. Dies ist erforderlich, damit der Übergang des in langjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungswissen an die nachfolgende Kraft sichergestellt ist. Im Gegenzug wird eine bislang noch nicht besetzte Stelle im Team 6.1 zunächst auch weiterhin freigehalten. Über diese Besetzung wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Hinweis: Die "Transferaufwendungen" ergeben sich insbesondere aus:

- rd. 100.00 € Zuschuss Historischer Stadtkern - private Haus- und Hofflächen

Der Fördersatz des Landes erhöhte sich von 70 %, auf 80 %; die geplanten Erträge und Aufwendungen wurden - bei leicht reduziertem städtischem Eigenanteil - entsprechend angepasst.

- 50.000 € Denkmalförderung / Stadtpauschale

Mit der Stadtpauschale können insbesondere alle Baudenkmäler außerhalb des Geltungsbereichs Historischer Stadtkern gefördert werden. Bis zur Einstellung der Landesförderung wurden zuletzt in 2007 58.000 € Stadtpauschale (davon 50 % Landesförderung i. H. v. 29.000 €) von der Stadt Detmold für den Förderzweck zur Verfügung gestellt. Danach wurden bis einschließlich 2010 noch jährlich 29.000 € (i. H. des bisherigen städtischen Eigenanteils) bereitgestellt. In den Haushaltsbeschlüssen 2011 und 2012 wurde die Stadtpauschale aufgrund der angespannten städtischen Haushaltslage eingespart.

Inzwischen wird für den Förderzweck wieder eine 50 %-ige Landesförderung gewährt, so dass die bewährte Stadtpauschale wieder in die Planung aufgenommen wird (50.000 € Stadtpauschale, davon 25.000 € Landesförderung).

- 166.600 € Zuschuss Fördermaßnahme Bereich Stadtumbau West Hohenloh - Richthofenstraße

Wie in den Erläuterungen der Beschlussvorlage Fb 6/041/2012 (SEA 15.02.2012, Rat 01.03.2012) dargestellt, wurden zwischenzeitlich die Förderrichtlinien geändert. Die Planung wurde für 2013 entsprechend angepasst bei gleich bleibendem städtischen Eigenanteil von 50.000 €.

Hinweis: Für die Ressourcenkennzahl wurde der Betriebsaufwand um die Transferaufwendungen (durchlaufende Gelder / Zahlungen an Externe, z. B. Förderprogramm historischer Stadtkern Detmold, Zuschuss Fördermaßnahme Stadtumbau West Hohenloh - Richthofenstraße) bereinigt.

Kurzbeschreibung

- Energie- und Umweltberatung
- Erstellen von Basisinformationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- a) aktive Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit, Herausgabe von Falblättern und anderen Informationsmaterialien, Vorträge, aktionsorientierter Ansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit durch die Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- b) reagierende Öffentlichkeitsarbeit auf Anfragen sowie aktuelle umweltpolitische Entwicklungen.
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzprogramms
- Einführung / Initiierung von Maßnahmen zur Erhaltung/Verbesserung der Umweltsituation in Detmold
- Umsetzung der Detmolder Baumschutzsatzung

Ziele

Verbesserung der Umweltsituation in Detmold durch folgende Maßnahmen:

- Umweltberatung, Umweltinformation
- Unterstützung von Umweltmaßnahmen Dritter
- Betreuung der Bauschutzsatzung

Auftragsgrundlage

- Beschlüsse des HFA vom 09.02.1995 und 04.01.1996
- Ratsbeschluss vom 13.12.84 / des UA vom 12.02.85
- allgemeiner Auftrag an öffentliche Verwaltung, Lebensgrundlage langfristig zu erhalten
- Rats- und Ausschussbeschlüsse zum Klimaschutz
- Detmolder Baumschutzsatzung vom 17.09.2001

Zielgruppe

Alle Einwohner/innen Detmolds, von Fall zu Fall unterschiedliche Zielgruppe

Politisches Gremium

Ausschuss für Stadtentwicklung
Haupt- und Finanzausschuss für Klimabeirat

Stellen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Stellen	Anz.	2,72	3,27	3,24	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
in Verwaltungsgebäuden: Auswertungen mit Beratungen	Anz.	0	-	-	-	-	-
Private: Beratungen	Anz.	120	100	700	-	-	-
Veranstaltungen	Anz.	0	2	2	-	-	-
Förderprogramm nachträgl. Wärmedämmung: geförderte Maßnahmen	Anz.	67	50	60	-	-	-
Betreuung der Baumschutzsatzung - BaumSchS Ortstermine	Anz.	170	250	200	-	-	-
durch Beratung erhaltene Bäume	Anz.	22	50	45	-	-	-
Bescheide nach BaumSchS	Anz.	143	200	150	0	-	-
- positiv beschieden	Anz.	125	185	135	-	-	-
- Ablehnungen	Anz.	18	15	15	-	-	-
- Klagen	Anz.	0	3	2	-	-	-
Bußgeldverfahren nach Baumschutzsatzung	Anz.	1	5	5	-	-	-
Umweltberatung Erstellen von Informationsmaterial	Anz.	0	5	3	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Veranstaltungen, Vorträge	Anz.	2	5	3	-	-	-
Presseinformationen	Anz.	2	12	10	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Energiesparen	Anz.	120	102	702	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Klimaschutz	Anz.	25	80	25	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Umweltschutz	Anz.	730	500	600	-	-	-
Anzahl der Beratungen nach Kategorie: - Baumschutz	Anz.	450	400	450	-	-	-
Anzahl Bescheide Baumschutz	Anz.	143	200	150	-	-	-
durchschnittliche Laufzeit Bescheide Baumschutz	Tg.	5	3	3	-	-	-
Aufwand für Beratungen in den Bereichen Energiesparen / Klimaschutz / Umweltschutz	€	40	51	56	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand Bescheid Baumschutz	€	2	1	2	-	-	-
Anzahl Ersatzpflanzungen	Anz.	210	200	200	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in qkm	qkm	7.700,00	-	-	-	-	-
Summe versiegelte Fläche Jahresende zu Jahresbeginn in %	%	3,00	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.962,00	118.100	12.300	3.700	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	100	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	12.000,00	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100
+ Aktivierte Eigenleistungen	750,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
= Ordentliche Erträge	27.712,00	125.300	19.500	10.900	7.200	7.200
- Personalaufwendungen	184.622,45	199.606	234.206	238.652	240.724	242.996
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.968,86	6.150	6.150	6.150	6.150	6.150
- Transferaufwendungen	162.593,11	215.828	218.178	182.378	170.778	171.678
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.667,19	138.970	79.100	35.500	28.600	28.600
= Ordentliche Aufwendungen	360.851,61	560.554	537.634	462.680	446.252	449.424
= Ordentliches Ergebnis	-333.139,61	-435.254	-518.134	-451.780	-439.052	-442.224
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	24.309,79	24.074	26.800	26.410	26.850	27.250
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-24.309,79	-23.074	-25.800	-25.410	-25.850	-26.250
= Ergebnis	-357.449,40	-458.328	-543.934	-477.190	-464.902	-468.474

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	114.332,00	18.730	12.300	0	3.700	0	0
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	9.125,00	6.100	6.100	0	6.100	6.100	6.100
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	123.457,00	24.930	18.500	0	9.900	6.200	6.200

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
- Personalauszahlungen	179.920,79	197.470	233.101	0	237.564	239.645	241.926
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.616,86	14.150	6.150	0	6.150	6.150	6.150
- Transferauszahlungen	162.593,11	215.828	218.178	0	182.378	170.778	171.678
- Sonstige Auszahlungen	15.675,84	138.970	79.100	0	35.500	28.600	28.600
= Auszahlung aus lfd. Verwal- tungstätigkeit	363.806,60	566.418	536.529	0	461.592	445.173	448.354
= Saldo der lfd. Verwaltungstätig- keit	-240.349,60	-541.488	-518.029	0	-451.692	-438.973	-442.154
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	523,60	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit	523,60	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investivtätigkeit	-240.873,20	-541.488	-518.029	0	-451.692	-438.973	-442.154

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	vorl. RE 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013	VE 2013	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2016
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätig- keit	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Aktuelle Aufgaben und Tätigkeiten sind im Text des Planungsreports 2013 unter 1.8 Umweltschutz dargestellt.

Seit Mai 2011 verstärkt die neue Klimamanagerin das Team 6.5. Die 50%-Stelle zur Umsetzung des Detmolder Klimaschutzkonzeptes wird anteilig durch ein Förderprogramm des Bundesumweltministeriums finanziert und ist auf 3 Jahre befristet. Für 2013 stehen Personalveränderungen nicht an.

Die erhebliche Abweichung (Verringerung) bei den Erträgen gegenüber dem Ergebnis 2011 ergibt sich aus dem Wegfall des Ertrags in Höhe von 99.370 € Bundesförderung für das Modellvorhaben Gebäudebestand, der bereits Ende 2011 einmalig eingegangen und dem Haushaltsjahr 2012 zugeordnet wird. Die entsprechende Ausgabeposition i. H. v. 104.600 € ist ebenfalls dem Haushaltsjahr 2012 zugeordnet.

Hinweis: Die „Transferaufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- rd. 86.350 € Honorar an Niedrig-Energie-Institut (NEI)

Das Honorar wurde seinerzeit nach Beratung im Haupt- u. Finanzausschuss für das Haushaltsjahr 2008 um 20.000 € von 56.000 € auf 76.000 € erhöht. Der Erhöhungsbetrag wird jetzt weiter für die Jahre 2013 ff. unter der Einbeziehung der Honorar-Anpassungsklausel im NEI-Vertrag (Berücksichtigung von allgemeinen Tarifierhöhungen) für die Jahre 2013 (rd. 86.350 €), 2014 (rd. 88.050 €), 2015 (rd. 88.950 €) und 2016 (rd. 89.850 €) fortgeschrieben.

- rd. 62.800 € Abwicklung Detmolder Förderprogramme über NEI

Die für die Abwicklung des Detmolder Förderprogramms (zur Wärmedämmung) über NEI bereitgestellten Mittel wurden seinerzeit nach Beratung im HFA für das Haushaltsjahr 2008 um 40.000 € von 40.903 € auf 80.903 € erhöht. Dieser Erhöhungsbetrag wurde zunächst als Mittelanmeldung für die Haushaltsjahre 2010 ff. fortgeschrieben. Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde dieser Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 8.090 €) auf 72.813 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 gegenüber der Mittelanmeldung um weitere 10.000 € auf 62.813 € gesenkt. Dieser Betrag wurde für 2013 ff. fortgeschrieben.

- 17.000 € Projektkostenzuschuss Rolfscher Hof (bis 2009: 19.800 €)

Aufgrund der Empfehlung der Perspektivkommission 2020 wurde der Ansatz für 2010 ff. um 10 % (minus 1.980 €) auf 17.820 € gesenkt und durch Haushaltsbeschluss 2011 auf 17.000 € jährlich festgesetzt (weitere Senkung wegen evtl. Landesförderung derzeit nicht gegeben).

- 50.000 € Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Detmold

Zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Ausweitung der Energieberatung hat der Rat am 24.09.2009 die befristete dreijährige Einstellung einer Mitarbeiterin / eines Mitarbeiters beschlossen. Die Stelle der Klimaschutzmanagerin ist seit Mai 2011 mit halbem Stellenumfang besetzt. Die genannten Projektkosten i. H. v. 50.000 werden incl. Personalaufwand beim Konto „Sonstige Transferaufwendungen Klimaschutzkonzept“ im Produkt dargestellt.

Hinweis: Die „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ ergeben sich insbesondere aus

- 21.500 € Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes

Die Positionen Klimaschutz (Plan 2010: 8.660 €) und Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes (Plan 2010: 17.330, Summe 25.990 €) wurden für den Plan 2011 zusammengeführt und dabei insgesamt um 4.490 € / 17 % gekürzt. Diese Einsparungen wurden bei der Mittelanmeldung 2013 fortgesetzt.

- 5.000 € Umsetzung Online-Energieberatung als spezieller Teil der Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Bei der geplanten Online-Energieberatung will sich die Stadt auf die zahlreichen bestehenden Angebote beziehen und entsprechende Verlinkungen auf ihren Seiten schaffen. Im Zuge dessen sollen auch die bestehenden städtischen Internetseiten aktualisiert werden.

- 6.000 € Umsetzung European Energy Award für externe Beratung (Planung 2013: 6.000 €, 2014: 6.900 €). Die Maßnahme wird lt. Zuwendungsbescheid insgesamt mit rund 80 % Bundesförderung bezuschusst. Einzelheiten zum European Energy Award sind ausführlich in der Drucksache Nr. VV/235/2009 erläutert (Haupt- und Finanzausschuss am 03.09.2009, Rat am 24.09.2009).

Hinweise:

Für die Ressourcenkennzahlen wurde der Betriebsaufwand um die Transferaufwendungen (durchlaufende Gelder / Zahlungen an Externe, z. B. NEI-Honorar, Detmolder Wärmedämmprogramm) bereinigt.

Versiegelte Flächen in Detmold:

Die Angaben zu den versiegelten Flächen (Ist-Zahlen) beziehen sich noch auf das Jahr 2011; für 2012 und 2013 liegen die Zahlen noch nicht vollständig vor.